



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Schwerpunktthema:

Vor 30 Jahren: Friedliche Revolution in der DDR

ab Seite 3

Rente und Arbeit

Das diesjährige Forum Verfassungspolitik widmete sich den aktuellen Herausforderungen und den zukünftigen Entwicklungen des Sozialstaats.

Seite 15

Journalismus

Alte Tugenden und neue Formate: Rückbesinnung auf journalistisches Handwerk und das Suchen neuer Ausspielwege und Formate beherrschten die 15. Tutzinger Radiotage.

Seite 17

Hidden Champions

Auch unbekannte, mittlere Unternehmen können an die Spitze der Weltrangliste vordringen. Gründe für den Erfolg, aber auch Hindernisse beleuchtete unsere Tagung.

Seite 21

Inhalt

SCHWERPUNKT ZEITGESCHICHTE

- 3** „Wir Deutschen können Freiheit!“
- 4** 70 Jahre Grundgesetz –
30 Jahre Friedliche Revolution
- 6** „Heimat ist der Ort, an dem es Brot gibt“
- 8** Verunsicherung durch aktive politische
Gestaltung des Wandels ablösen

GESELLSCHAFTLICHER WANDEL

- 10** Die technologische Transformation
politisch gestalten

BILDUNG

- 12** „Schulwissen reicht nicht mehr
bis zur Rente“

DIGITALISIERUNG

- 13** Erlösung oder Untergang?

SOZIALPOLITIK

- 15** Die Zukunft des Sozialstaats

MEDIEN

- 17** Alte Tugenden und neue Formate

KULTUR

- 19** „In Zeiten der Zerstreuung schlägt die
Stunde des Kinos“

WIRTSCHAFT

- 21** Weltmeister durch Dominanz in
den Nischen

INTERNATIONALE POLITIK

- 24** Cyber-Angriffe und Wasser als Waffe

PHILOSOPHIE

- 26** Wie sich die politische Realität durch
Theorie besser verstehen lässt

AKADEMIE INTERN

- 9** Politik am lauen Sommerabend
- 9** Namen – Nachrichten
- 14** Gefragte Gesprächspartnerin am
BR-„Sonntags-Stammtisch“
- 20** Akademierteam überzeugt
beim Landkreislauf
- 20** Personalverzeichnis
- 27** Tag der Artenvielfalt im Akademiepark
- 28** Neuerscheinungen
- 29** Medienspiegel
- 30** Impressum
- 31** Termine
- 32** Namen – Nachrichten

TITELFOTO: © HANNES MACHER

Blick über den See



Dass auch repräsentativ verfasste Demokratien immer häufiger direktdemokratische Elemente in ihre Verfassung aufnehmen, ist auf den Wunsch einer immer besser gebildeten Bürgerschaft zurückzuführen, ihre selbstbestimmte Lebensführung auch in den Bereich des Politischen auszuweiten. Gleichzeitig betrachten Politiker die Aufnahme direktdemokratischer Formate als Chan-

ce, Krisenerscheinungen des Parlamentarismus entgegenzuwirken. Etwa der Krise der Volksparteien sowie der gefühlt größeren Distanz zwischen Regierenden und Regierten sei. Der Versuch, beide Modelle zu verbinden, schafft jedoch die nächsten Probleme: Er lässt nämlich das Dilemma aller direktdemokratischen Entscheidungen, dass das Volk im Unterschied zu gewählten Abgeordneten keine Verantwortung für die Entscheidungen übernimmt, in das parlamentarische System „hineinschwappen“. Gerade das Brexit-Referendum ist ein Beispiel, dass das Einfügen direktdemokratischer Elemente in repräsentative Systeme unauflösbare Konflikte erzeugen kann. Es war fahrlässig, den Briten eine Ja-/Nein-Frage zur Abstimmung über einen solch komplexen Vorgang vorzulegen. Geradezu irrwitzig war es aber, nicht darüber nachzudenken, wie es angesichts der dichten Verwobenheit der Europäischen Union mit ihren Mitgliedstaaten überhaupt gelingen soll, sich zu trennen.

Angesichts dieser leidvollen Erfahrung verwundert es sehr, dass die Geringschätzung der Repräsentation weiter Konjunktur hat: Die parteiunabhängig um sich greifende Hoffnung, es könne mittels Urwahl besser als durch Delegierte gelingen, den perfekten oder die perfekte Parteivorsitzende(n) zu finden, gehört in diese Rubrik. Durch die Urwahl des Führungspersonals geht – ähnlich wie bei inhaltlichen Entscheidungen mittels Referendum – etwas für eine freiheitliche Demokratie so Wertvolles verloren: das Ringen um die richtigen Lösungen oder die Kür von geeignetem Führungspersonal. In offiziellen, aber auch in inoffiziellen Gremien und Verfahren ist es möglich, Pro und Kontra abzuwägen, sich gegenseitig zu überzeugen, Koalitionen zu schmieden und mögliche Fallstricke einer vermeintlichen Patentlösung zu erkennen. Der Referendums- oder Urwahlmodus kennt diese Prozesse nicht. Die Mehrheit bezwingt die Minderheit. Die liegt danach am Boden; neben ihr das ausgebliebene Abwägen und die fehlenden Kompromisse.

Schon deshalb finde ich: Der repräsentativen Demokratie gebührt Anerkennung.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

„Wir Deutschen können Freiheit!“

Altbundespräsident Joachim Gauck erinnerte beim Akademiegespräch am See an die Friedliche Revolution in der DDR vor 30 Jahren.

FÜR IHN sei „Wir sind das Volk“ der schönste Satz in der deutschen Geschichte. „Aber wir dürfen ihn nicht Volksverführern am rechten Rand überlassen. Wir müssen hier ein Stoppschild setzen. Ihr nicht! Niemals!“ Gauck wandte sich gegen „Retro-Politiker“, die die Parolen der Friedlichen Revolution „versuchen zu kapern“. Er war im Herbst 1989 Pastor und Sprecher des Neuen Forums in Rostock.

Viel Veränderung

Nach knapp 30 Jahren Einheit seien die Unterschiede zwischen Ost und West nicht verwischt, aber auch nicht mehr so deutlich. Mentalität und kulturelle Prägungen würden sich aber nur unendlich langsam wandeln: „Die Menschen in Ostdeutschland verdienen auch nach Jahrzehnten noch weniger als im Westen und sie wählen auch anders.“ Sie seien skeptischer und häufig würden sie sich als Verlierer sehen, auch wenn sie es tatsächlich nicht sind. Man müsse sich mehr bewusst machen, dass sich nach dem Umbau des politischen Systems auf dem Gebiet der Wirtschaft, der Ökologie und der Infrastrukturen unendlich viel verändert habe. Es gebe aber keine automatische Anpassung an die neuen Gegebenheiten: „Die Menschen müssen mögen, was sie wollen sollen“, sagte Gauck.

Oppositionelle Minderheit

Man müsse verstehen, dass die nahtlosen Erfahrungen von Diktatur und Ohnmacht zwischen 1933 und 1989 ihre Spuren hinterlassen haben: „Der Souverän wurde niedergehalten, das Volk spielte keine Rolle.“ Die langen Schatten dieser Zeit seien noch da. „Die Summe der Entmächtigung lagert sich in den Köpfen ein“, sagte der ehemalige Bundespräsident. Man hatte gelernt, dass Gehorsam und Anpassung nützlich seien. In der DDR gab es bei der Mehrheit eine „unüberzeugte Minimalloyalität“. Wirklich Überzeugte oder Oppositionelle waren jeweils eine Minderheit.

Der Legende, dem Osten gehe es wegen der Treuhand schlecht, müsse entschieden entgegengetreten werden. „Aber Mythen sind nun einmal wirkmächtiger als Fakten. Wir wurden nicht vom Kapitalismus gekapert.“ Fehler habe es zweifellos gegeben, denn es kamen viele „unterdurchschnittliche Wessis“. Aber



Joachim Gauck: „In der DDR gab es bei der Mehrheit eine unüberzeugte Minimalloyalität.“

© Schröder (APB)

man dürfe die Fehler der Treuhand nicht zum Wesensmerkmal der Einheit machen. „Ich bin den Wessis sogar dankbar, dass sie mich mit meinen Ossis nicht allein gelassen haben.“

„Mehr Kunde als Citoyen“

Nach 1989 habe es gleichzeitig eine Sehnsucht nach und eine Furcht vor Freiheit gegeben. Die Deutschen hätten ein „gediegenes Verhältnis zur Sicherheit, aber ein schwieriges zur Freiheit“. „Urteilen und Lästern ist schön, aber Mitmachen ist anstrengend und belastend“, sagte Gauck. Die Bereitschaft, Verantwortung zu übernehmen, sei bei einer Mehrheit nicht besonders ausgeprägt gewesen. Auch heute fühlten sich die meisten Menschen mehr als „Kunde denn als Citoyen“. Sie trauten ihren eigenen Potenzialen nicht.

„Kämpferische Toleranz“

Gauck zeigte sich „traurig über die Entwicklungen am rechten Rand des politischen Spektrums.“ Die AfD sei überflüssig, aber nun einmal da: „Wir müssen Umgangsformen mit denen entwickeln.“ Er rät zu einer „kämpferischen Toleranz“. Tatsächliche Probleme mit Migranten dürften nicht verschwiegen werden. Kommunikation darüber sei wichtig. Die deutsche Demokratie sei so stark, dass sie diese Debatte aushalten und vertragen könne.

Auf die Frage aus dem Publikum, ob es Gemeinsamkeiten zwischen der Revolution in der DDR und der „Fridays-for-Future“-Bewegung gebe, sagte Gauck: „Es ist etwas anderes. Der Stil Greta Thunbergs vor der UNO hat mir nicht gefallen. Aber ich finde es gut, dass sich Jugendliche für die Erde und ihre Zukunft interessieren und engagieren.“ Bei aller Stilkritik freue er sich über diese Bewegung.

Michael Schröder
(siehe Presseschau Seite 29)

70 Jahre Grundgesetz – 30 Jahre Friedliche Revolution

Eine Bestandsaufnahme des vereinten Deutschlands aus verschiedenen Perspektiven bot unsere Fachtagung*.

DER FRÜHERE PRÄSIDENT des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, zog eine grundsätzlich positive Bilanz der 70-jährigen Geschichte des Grundgesetzes. Er sieht unsere Verfassung aber auch angesichts der Herausforderungen wie Globalisierung, Digitalisierung und Klimawandel unter einem ungewohnten Anpassungsdruck. Er riet dazu, bewährte Grundsätze zu stärken, benannte aber auch Schwachstellen und Defizite.

Warnung vor Zentralisierung

So sei das immer schwerer durchschaubare Dickicht der Politikverflechtung zwischen Bund und Ländern nicht neu, es sei aber dichter geworden. Die Zuständigkeit des Bundes werde ständig ausgeweitet, dagegen blieben den Ländern nur noch Schule, Bildung und Kultur. Der Föderalismus werde in Sonntagsreden zwar gelobt, sehe sich aber werktags Schmähungen wie „Kleinstaaterei und Flickenteppich“ ausgesetzt. Er warnte vor weiteren Zentralisierungen, die das Selbstbestimmungsrecht des Volkes schmälern würden.



Hans-Jürgen Papier sieht Defizite und Schwachstellen im Grundgesetz.

Die Neugliederung der Länder sei zwar Verfassungsauftrag, aber mittlerweile zum Tabuthema geworden und ohne Aussicht auf Verwirklichung. Papier bemängelte auch, dass das

Wahlrecht nicht im Grundgesetz geregelt sei, sondern dem einfachen Gesetzgeber überlassen sei. Die Folge: Die dringend nötige Reform komme nicht zustande und es drohe eine weitere Aufblähung des Parlaments. Der frühere Gerichtspräsident sieht darin die gegenwärtig bedrohlichste Schwachstelle unseres politischen Systems und sprach sich für Reformen im Sinne stärkerer Einflussmöglichkeiten der Wähler durch Kumulieren und Panaschieren aus. Dagegen wandte er sich ausdrücklich gegen den Einbau plebiszitärer Elemente ins Grundgesetz.



Die Demonstration auf dem Alexanderplatz in Ost-Berlin am 4. November 1989

© Bundesarchiv, Bild 183-1989-1104-437/Bernd Settnik/CC-BY-SA 3.0

Beate Küpper, Mitautorin der „Mitte-Studien“, stellte zwar fest, dass sich die große Mehrheit der Deutschen (80 Prozent) positiv über die Demokratie äußere und sensibel sei für ihre Bedrohungen. Gleichzeitig vertrete rund ein Drittel illiberale und menschenfeindliche Meinungen und glaube an Verschwörungstheorien. „Wir registrieren jede Menge Alltagsrassismus“, sagte sie. Der sei zwar stabil bei rund 20 Prozent der Bevölkerung. Aber die Polarisierung der Meinungen nehme zu. In Teilen verliere die Mitte der Bevölkerung ihren demokratischen Kompass. Rechtspopulismus sei nicht nur ein Problem der ostdeutschen Länder, dort aber verbreiteter. Insbesondere die Ablehnung von Fremden sei im Osten signifikant größer als im Westen.



Beate Küpper: „In Teilen verliert die Mitte der Bevölkerung ihren demokratischen Kompass.“

© Weise/Schröder (APB)

Drei Viertel der AfD-Wähler haben rechtspopulistische Einstellungen. Aber die AfD ist auch in anderen politischen Lagern erfolgreich, insbesondere bei früheren Nichtwählern. Küpper sieht viele Gründe: Enttäuschung über die Demokratie, Konflikte um Ressourcen, gefühlte Ungleichheit, eine kulturelle Spaltung und schließlich die eigene Aufwertung durch Abwertung anderer Gruppen.

* In Kooperation mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, dem Landesverband Bayern der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung und der Europäischen Akademie in Bayern

Den Blick von außen auf das vereinigte Deutschland brachte die in Berlin lebende und arbeitende französische Journalistin Cécile Calla in die Tagung ein. Insgesamt hätten die Franzosen ein positives Deutschlandbild. Die früheren Spannungen spielten keine Rolle mehr, sagte sie. Dennoch blieben sich die Menschen in beiden Ländern fremd: „Wir sind geografisch nah, doch gesellschaftlich fern.“ So gebe es in Frankreich ein völliges Unverständnis



Cécile Calla: Unverständnis in Frankreich gegenüber der Ablehnung der Kernenergie in Deutschland

gegenüber der Ablehnung der Kernenergie in Deutschland. Bedauerlich sei, dass die Bereitschaft, die jeweils andere Sprache zu lernen, rückläufig sei. Besonders enttäuscht seien die Franzosen, dass Bundeskanzlerin Merkel die europapolitischen Initiativen des französischen Präsidenten Macron im Jahr 2017 liegen gelassen habe. „Der passive Bremser wird als arro-

ganter Partner wahrgenommen“, sagte Calla. Man müsse ja nicht einer Meinung sein, aber bereit, Verantwortung in Europa zu übernehmen.

Keine Pläne für die Einheit

Markus Meckel und Horst Teltschik sind Zeitzeugen des deutschen Einheitsprozesses und waren bei den entscheidenden Verhandlungen über die deutsche Einheit hautnah dabei. Der eine als Außenminister der DDR, der andere als Berater des Bundeskanzlers Helmut Kohl im Kanzleramt. Meckel, einer der Gründer der Sozialdemokratischen Partei der DDR am 7. Oktober 1989, sagte: „Wir wollten zunächst die DDR zu einem demokratischen Staat machen. Danach sollten zwei deutsche demokratische Staaten gemeinsam zur Einheit kommen. Für uns war das damals eine sehr langfristige Lösung.“ Und Teltschik gab zu, dass die westdeutsche Regierung vor dem November 1989 keine Pläne zur Einheit in der Schublade hatte: „Das wäre auch gefährlich gewesen. Wir brauchten dafür die Zustimmung der vier Siegermächte. Nach den positiven Signalen aus Moskau und Washington kam es auf Mitterand und Thatcher an. Die waren zunächst überhaupt nicht für die Einheit.“ Mit Skeptikern der Einheit hatte auch Meckel in der eigenen Partei zu kämpfen: Seine westlichen Genossen waren keineswegs alle der Auffassung von Willy Brandt: „Jetzt wächst zusammen, was zusammen gehört.“ Insbesondere der SPD-Kanzlerkandidat des Jahres 1990, Oskar Lafontaine, erwies sich immer wieder als Bremser und hatte in der jüngeren Generation der

Partei viele Gefolgsleute. „Das hat unsere Position im Volkskammerwahlkampf des Jahres 1990 nicht gerade gestärkt“, sagte Meckel.



Markus Meckel (links) und Horst Teltschik waren direkt am Prozess der Einheit 1989/1990 beteiligt.

Markus Meckel möchte die immer noch gültige Vorläufigkeit des Grundgesetzes beenden und fordert deshalb die Streichung des Art 146: „Wir sollten miteinander reden und uns der Werte und Grundlagen unseres Gemeinwesens bewusst werden. Das Grundgesetz hat sich bewährt und erfreut sich breiter Anerkennung.“ Deshalb sollte spätestens zum 30. Jahrestag der Deutschen Einheit im Oktober 2020 der Art. 146 gestrichen werden. Horst Teltschik sieht dafür allerdings keine Notwendigkeit und rät angesichts der internationalen Herausforderungen durch Multilateralismus, Aufrüstung und vielfache Kriegsgefahr zu anderen Prioritäten.

Die Realität der deutschen Teilung bis 1989 wurde lebendig im Beitrag von Günter Wetzel. Er floh mit seiner Frau, zwei kleinen Kindern sowie einer weiteren vierköpfigen Familie im September 1979 im selbstgebauten Heißluftballon von Thüringen nach Bayern. Regisseur Klaus Fleischmann führte dazu den von ihm gedrehten Dokumentarfilm vor und Wetzel erzählte die Geschichte, wie es zu dieser spektakulären Flucht kam und wie schwierig es unter den Verhältnissen in der DDR war, sie vorzubereiten und vor allem geheim zu halten.

Herausforderung Populismus

Die Herausforderungen für die politische Bildung durch Extremismus und Populismus diskutierten die Direktoren der Landeszentralen für politische Bildung aus Brandenburg (Martina Weyrauch), Hessen (Alexander Jehn) und Rupert Gröbl (Bayern). Weyrauch betonte die Notwendigkeit, den Menschen nach dem „Schleudergang der Transformation“ wieder die „Erfahrung von Selbstwirksamkeit“ zu vermitteln. Misstrauen und Skepsis der Bevölkerung müssten abgebaut werden. Die Folge der Diktatur sei häufig der Rückzug ins Private gewesen. Mit Zugewandtheit und Demut müsse man den Bürgern begegnen, um wie-

der Vertrauen in Politik zu schaffen. Demokratie sei fragil und der politische Extremismus kein Relikt, sondern er entstünde immer wieder neu. Er müsse als Problem anerkannt und bekämpft werden. Dafür brauche es neue Formate und eine „aufsuchende politische Bildung“, die zu den Menschen gehe und nicht wartet, bis die Menschen zu ihr kommen.

Jehn hob besonders den zunehmenden religiösen Extremismus hervor: „Die Zugewanderten haben festere Wertleitplanken als wir. Wir müssen denen unsere noch offensiver zeigen.“ Der Einfluss staatlicher Medien aus Russland, der Türkei, Polen und Ungarn dürfe nicht unterschätzt werden: „Gegen diese tägliche Beschallung in den Familien kommen wir mit unseren Mitteln kaum an.“

Politik erklären

Grübl sieht im Internet und den sozialen Medien Wege und Chancen, auch die Jüngeren wieder zu erreichen. Im Verwaltungsapparat sei dies aber kein einfacher Weg. „Wir suchen uns Nischen, damit Doppelungen mit Zuständigkeiten anderer Ministerien vermieden

werden.“ Weyrauch geht unkonventioneller vor: „Ich bin in den sozialen Medien aktiv, obwohl ich es eigentlich nicht darf.“ In einem Land, in dem nur 0,01 Prozent der Bevölkerung Parteimitglieder sind, müsse man Politik erklären und transparent machen. So habe ihre Landeszentrale Informationsmaterial zur letzten Kommunalwahl herausgebracht, „weil es die Parteien nicht gemacht haben.“

Einig war man sich in der Notwendigkeit, „mehr positiv besetzte Lernorte der Demokratie“ zu schaffen. Schwieriger wurde es dann schon bei der Konkretisierung: Ist es das Alte Schloss auf der Insel Herrenchiemsee, in dem die Vorberatungen zum Grundgesetz stattfanden oder ist es der Ort mit der ersten Bürgermeisterin in Bayern? Oder gar der Widerstand gegen die Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf?



Michael Schröder

Linktipps:

www.ballonflucht.de

Der Dokumentarfilm zur Flucht:

https://www.youtube.com/watch?v=5tkW9ZcWU_8

„Heimat ist der Ort, an dem es Brot gibt“

Migration spielt im Geschichtsunterricht eine immer größere Rolle. Eine Fachtagung mit 45 Forschern aus fünf Kontinenten bot Streiflichter aus aller Welt.

„MIGRATION verläuft immer in Richtung von Brot, Frieden und Sicherheit.“ Mit diesen Worten fasste der Historiker Dirk Hoerder (Arizona State University) die Globalgeschichte der Migration zusammen. Und weiter: „Nichts in der Geschichte passiert ohne Migration.“ Selbst Agrargesellschaften, die aufgrund der Bindung an den Boden lange Zeit als eher statisch galten, seien in hohem Maße mobil gewesen. Der Grund hierfür sei das Problem der Überbevölkerung gewesen. Sobald ein Paar mehr als zwei Kinder gehabt hätte, seien Nachkommen in der Regel gezwungen gewesen, an andere Orte weiterzuwandern, um dort ein Auskommen zu finden. Aus diesem Grunde sei Heimat der Ort, an dem es Brot gebe, so Hoerder, ein Ort, an dem ein wirtschaftliches Auskommen gesichert und ein möglichst friedliches Leben möglich sei.



© STUTTMANN

Seine Ausführungen bildeten den Auftakt zur Tagung „Migration and History Education“, die von der 1980 in Tutzing gegründeten Internationalen Gesellschaft für Geschichtsdidaktik unter der Leitung von Susanne Popp (Universität Augsburg) in Zusammenarbeit mit der Akademie ausgerichtet wurde. Auslöser für diese Veranstaltung war die Überlegung, dass das Thema Migration im Geschichtsunterricht eine immer größere Rolle spielt – und zwar weltweit.

45 Forscher aus Europa, Nordamerika, Afrika, Asien und Australien diskutierten deshalb am Starnberger See über die neuesten historischen und di-

daktischen Entwicklungen auf diesem Feld. Einige Streiflichter aus der Vielzahl an Einzelvorträgen sollen stellvertretend für die Tagung stehen: Jun Nagatomo (Kwansei Gakuin University, Japan) betonte, dass die Forschung zur Migration zu sehr auf klassischen Push- und Pull-Faktoren beruhe. Hingegen würden „moderne“ Formen von Wanderungsbewegungen vielfach ausgeblendet, darunter die „Lifestyle-Migration“ oder aber auch die Migration durch Rentner, die ihren Lebensabend an anderen Orten verbringen wollten.

Elize S. Van Eeden (North-West University, Südafrika) unterstrich wiederum, dass in Südafrika Migrationsbewegungen seit jeher zum Alltag der Menschen gehörten. Aktuell habe das Land etwa 2,5 Millionen legale Immigranten, wobei sich jedoch vermehrt auch Xenophobie von schwarzen Südafrikanern gegenüber Einwanderern, insbesondere aus Nigeria und dem Kongo, zeigt.



Elize S. Van Eeden: „Aktuell hat Südafrika etwa 2,5 Millionen legale Immigranten.“



Masayuki Sato: „Über 200 Jahre bewusste Isolation Japans.“
© Weise (APB)

Masayuki Sato (University of Yamanashi, Japan) konnte dabei auf ein gegensätzliches Beispiel verweisen. So habe sich Japan zwischen 1633 und 1853 bewusst von der Welt isoliert und sowohl die Einreise von Fremden als auch die Ausreise der Untertanen des Tenno verhindert. Diese Phase könne deshalb im Geschichtsunterricht gut dazu verwendet werden, um sie mit den Perioden zu kontrastieren, in denen Migrationsbewegungen stattfanden.

Die Furcht vor diesen Fremden steige seit etwa zwei Jahrzehnten deutlich an. Ritesh Jaiswal (University of Delhi, Indien) befasste sich mit der indischen Migration nach Burma zwischen 1880 und 1940, welche die Hälfte der gesamten indischen Migration jener Periode ausmachte. Er sah seine Forschungen dabei als Beitrag, um die klassische, eurozentrische Narration der indischen Wanderungsbewegungen in die europäischen Kolonien zu ergänzen.

Alexander Khodnev (Yaroslavl State Pedagogical University, Russland) befasste sich wiederum mit der Frage der Bildung von Migranten. Er betonte dabei, dass nach aktuellen Schätzungen 10 bis 20 Millionen Ausländer in Russland lebten, wobei der überwiegende Teil aus Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion stamme.

Migration und Identität

Daneben wurden neue Forschungen im Hinblick auf das Thema Migration im Geschichtsunterricht präsentiert. Jennifer Clark (University of Adelaide, Australien) und Adele Nye (University of New England, Australien) betonten dabei als Ergebnis von Befragungen von Lehrenden an Schulen und Universitäten, dass Migration dazu einlade, über die persönliche Lebenswelt nachzudenken und die Verbindung der eigenen Gemeinschaft mit Migration und Diaspora zu ergründen.

Roy Weintraub (Tel Aviv University, Israel) wiederum fokussierte sich auf die Frage, in welcher Weise die unterschiedlichen Einwanderer nach Israel seit 1948 durch das nationale Bildungssystem zu einer einheitlichen israelischen Staatsbevölkerung geformt werden sollten. Hierfür wertete er die Lehrbücher für den Geschichtsunterricht aus. In einer ersten Phase sei da-

Integration durch Sprache

Während Menschen aus diesen Ländern jedoch früher in der Regel Russisch gesprochen hätten, sei dies heute nicht mehr der Fall. Das russische Bildungssystem sei deshalb herausgefordert, Migrantenkinder in den Unterrichtsalltag zu integrieren und ihnen zugleich eine angemessene sprachliche Bildung zukommen zu lassen.

Die Debatten im Verlauf der Tagung kamen schließlich zu dem Schluss, dass Migration kein Ausnahmezustand ist, sondern die tägliche Realität darstellt. Zudem bestand Konsens darüber, dass das Thema Migration für die Gesellschaften weltweit von besonderer Bedeutung ist. Deshalb müsse, so die einmütige Forderung, dieser Topos im Geschichtsunterricht einen deutlich größeren Stellenwert bekommen, als dies bisher der Fall sei – und zwar in allen Staaten.



Michael Mayer

Verunsicherung durch aktive politische Gestaltung des Wandels ablösen

30 Jahre nach dem Beginn der Friedlichen Revolution fragte Andreas Wirsching, Direktor des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, beim Akademiegespräch im Landtag nach dem deutschen Standort in Europa im Zeitalter der Transformation.

IM DEZEMBER 1989 – mitten in der revolutionären Umbruchphase in der DDR – gab es auf dem EU-Gipfel in Straßburg wichtige Weichenstellungen für Deutschland und Europa: Die europäischen Nachbarn gaben grünes Licht für die Wiedervereinigung und gleichzeitig brachten sie die Währungsunion und damit den Euro auf die Tagesordnung. Die These, dass der Euro der Preis für die deutsche Einheit gewesen sei, bezeichnete Wirsching als falsch: „Dafür gibt es keine Belege. Die Währungsunion ist bereits 1988 beschlossen worden.“ Wichtig sei auch, dass damals EU-Hilfen für Polen abgesegnet wurden und es damit einen Zusammenhang zwischen der Anerkennung der polnischen Westgrenze, der deutschen Einheit und der europäischen Integration gab.

Atemberaubender Prozess

1989 habe es in Europa einen geradezu euphorischen Zustand gegeben angesichts „der Rückkehr des Ostens nach Europa“. Zwar wurde durchaus die Gefahr eines neuen Nationalismus in Osteuropa gesehen und der Jugoslawienkrieg ab 1990 gab dieser Befürchtung auch reichlich Nahrung. Der Gedanke einer Vertiefung der EU war zwar populärer als der der Osterweiterung. Trotzdem setzte sich die politische Einsicht der „Unabweisbarkeit“ der Erweiterung durch – auch gegenüber allen ökonomischen Bedenken. „Es hat einen atemberaubenden Prozess der Erweiterung und Vertiefung gegeben“, sagte Wirsching. „Und Deutschland unter Kanzler Kohl war mittendrin.“

Der Historiker lobte in der Rückschau die „Krisenpolitik von Bundeskanzlerin Merkel seit 2008, die gegen alle ökonomischen Widerstände den Euro stabilisiert hat.“ Und im Kern sei auch die Flüchtlingspolitik seit 2015 richtig gewesen. Unter humanitären Gesichtspunkten habe es im Sommer 2015 keine Alternative gegeben. Wirsching wandte sich gegen den Begriff der „Flüchtlingskrise“: „Krisen gibt es in der Medizin und sie gehen vorbei. Flucht und Migration aber bleiben.“



Andreas Wirsching: „Der Schauplatz der Bewährung ist Europa.“
© Rolf Poss / Bayerischer Landtag

Statt immer nur von Überfremdung zu reden, müsse man auch die großen Anstrengungen und Erfolge auf dem Gebiet der Integration von Migranten sehen.

„Kammerton der Ratlosigkeit“

Angesichts der „erodierenden Gewissheiten und neuen Unsicherheiten“ müsse der „Kammerton der Ratlosigkeit“ überwunden werden. Die herrschende Verunsicherung müsse durch aktive politische Gestaltung des Wandels abgelöst werden. Dies sieht Wirsching als „die größte Bewährungsprobe für Deutschland“. Demokratie, Freiheit, Frieden und Wohlstand müssten gesichert werden. Das geschehe nicht durch die „selbstgefällige Interpretation, dass schon alles so weitergehe wie bisher.“ Eine solche statische Haltung führe zur Verengung.

Die Bilanz nach knapp 30 Jahren deutscher Einheit fällt für den Historiker gemischt aus: „Bei der Privatisierung der DDR-Staatsbetriebe durch die Treuhand sind Wunden entstanden, deren Phantomschmerz bis heute anhält.“ Das Gesundheitswesen sei ökonomisiert worden. Insgesamt habe es zu viel Privatisierung gegeben: „Das blinde Vertrauen in den Markt und das neoliberale Credo, dass die Kommerzialisierung der öffentlichen Infrastruktur den Wettbewerb besser sichert, hat verheerende Folgen bis heute.“

Besorgt schaute Wirsching auf die „Entdemokratisierungsprozesse in Polen und Ungarn“: „Dort tritt man die Beitrittskriterien mit Füßen. Beide Länder sind heute weit entfernt von den Bedingungen, unter denen sie aufgenommen wurden.“ Er sprach sich deutlich für konsequentere finanzielle Sanktionen aus.

Noch schwieriger sei das Verhältnis zu Russland. Spätestens seit 2007 sei die „frühere Modernisierungspartnerschaft zwischen Kohl und Jelzin“ am Ende gewesen.

Man habe es heute mit „verletztem Nationalismus“ zu tun. Der Westen habe versäumt, Russland in den europäischen Transformationsprozess einzubeziehen und es stattdessen als „Regionalmacht“ (Ex-US-Präsident Obama) bezeichnet. Die rasche Ausdehnung der NATO sei sicher nicht „vertrauensbildend“ gewesen.

Fehlender Mut

Gegenüber China und seinem „Imperialismus“ gebe es eine „deutsche Blindheit“. Es fehlen klare Antworten, weil ökonomische Interessen und Determinanten vor politischen Konzepten rangieren. Insgesamt bemängelte der Münchner Historiker Wirsching, dass in der sich wandelnden Welt der politische Mut feh-

le, sich mit diesem „galoppierenden Wandel“ auseinanderzusetzen. Deutschland sei zu sehr mit sich selbst beschäftigt, obwohl die Transformation zur Demokratie in den neuen Bundesländern gelungen sei. „Der Schauplatz der Bewährung ist Europa“, sagte Wirsching. Deshalb müsse Deutschland die Führung übernehmen, auch „wenn deutsche Führung immer verdächtig ist.“ Aber führen heißt in diesem Fall „in europäische Politik investieren“. Wichtig sei dabei die Stärkung des deutsch-französischen Einverständnisses. Denn: „Nationalstaat und europäische Integration sind keine Gegensätze.“ Aus Italien gebe es aktuell mit der Ablösung der Lega in der Regierung ein positives Signal: „Keine Situation ist statisch.“



Michael Schröder

AKADEMIE INTERN

Politik am lauen Sommerabend

DIREKTORIN Ursula Münch lud zum traditionellen Gartenfest der Akademie und viele bekannte Gesichter aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft folgten dem Ruf (von links): Thomas Gehring MdL, Hans Urban MdL, Markus Blume MdL, Natascha Kohnen MdL, Ursula Münch, Albert Duin MdL, Musiker Leslie Mandoki, Verfassungsgerichtshofpräsident Peter Küspert und Rudolf Mellinghoff, Präsident des Bundesfinanzhofs.

Nicht auf dem Foto sind: Kultusminister Michael Piazzolo, ehemals Dozent an der Akademie, Ute Eiling-Hütig MdL, der frühere Wirtschaftsminister Martin Zeil, der ehemalige Bundestagsvizepräsident Johannes Singhammer und Ursula Männle, Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung.



© WINTERER (APB)

Namen und Nachrichten

Beirat

Klaus Drauschke, Vizepräsident des Bayerischen Landes-Sportverbands (BLSV), übernimmt das Mandat von Präsident **Jörg Ammon**. Wir bedanken uns für das Engagement und freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dem neuen Mitglied.

Kuratorium

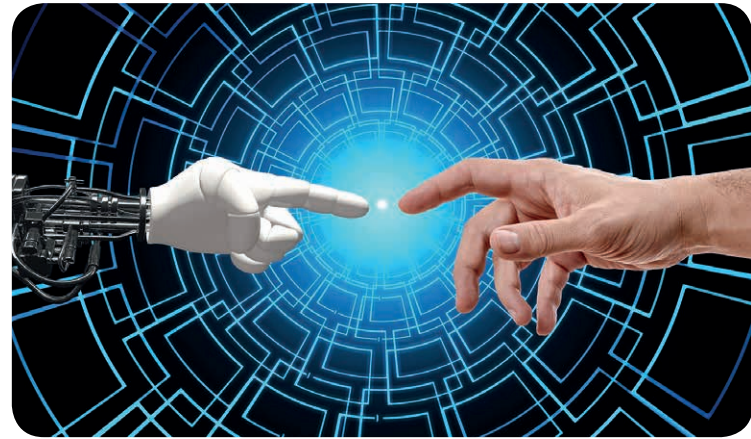
Wir begrüßen die neuen Mitglieder **Martin Hagen** MdL (FDP), **Gabriele Triebel** MdL (Bündnis 90/Die Grünen) und **Markus Rinderspacher** MdL (SPD).

Bei den ausgeschiedenen Mitgliedern **Thomas Gehring** MdL und **Volkmar Halbleib** MdL bedanken wir uns für die engagierte Mitarbeit und die Impulse für unsere Arbeit.

Rita Hättich, Witwe des früheren Akademiedirektors Manfred Hättich (von 1970 bis 1993), konnte im August ihren 90. Geburtstag feiern. Wir gratulieren nachträglich sehr herzlich und wünschen alles erdenklich Gute, vor allem beste Gesundheit.

Die technologische Transformation politisch gestalten

Klimawandel, Mobilitätswende und digitale Transformation sind aktuell die großen Themen. Sie sind verbunden mit Verunsicherungen und Umbrüchen, deren Ursachen wie auch Bewältigung eng mit Technik zusammenhängen. Welche Auswirkungen haben diese Entwicklungen auf unsere Erde und das gesellschaftliche Leben?



© GERD ALTMANN (GERALT)/PIXABAY

DIESE DRÄNGENDEN Herausforderungen treiben immer breitere Kreise um: Wenn freitags Schüler auf die Straße gehen, fordern sie zwar vordergründig mehr Engagement der Politik gegen den Klimawandel. In größeren Zusammenhängen reklamieren sie aber die Mitgestaltung ihrer Zukunft, da diese Generation von den Transformationen am meisten betroffen sein wird. Die Wechselwirkungen von Technik, Umwelt, Politik und Gesellschaft rufen nach gemeinsamer Gestaltung. Gemeinsam mit der acatech (Deutsche Akademie der Technikwissenschaften) sind wir diesen Herausforderungen nachgegangen.

Postfaktische Verunsicherung

Nicht nur die Politik, sondern auch das Spannungsfeld von Technik und Wissenschaft einerseits und Gesellschaft andererseits werde nach Ortwin Renn, Geschäftsführender Wissenschaftlicher Direktor am



Ortwin Renn: „Wissen über Wahrscheinlichkeiten ist nicht geeignet, Orientierung zu stiften.“

© Weise (APB)

Potsdamer Institute for Advanced Sustainability Studies, von „gefühlten Wahrheiten“ geprägt: „Für viele Menschen sind die Grenzen zwischen Faktischem und Nicht-Faktischem kaum mehr ersichtlich.“ Es herrsche eine allgemeine Verunsicherung über Regeln und Zusammenhänge. Faktisches erscheint biegsam und flexibel, was letztendlich dazu führe, dass Wünschbarkeit immer

mehr mit Faktizität gleichgestellt werde. „Auch die technische Welt ist im postfaktischen Zeitalter angekommen“, so Renn.

Eine der Ursachen sieht er in der Komplexitätswende. Auch für die Wissenschaft seien Kausalitätszusammenhänge nicht mehr gänzlich überschaubar. So habe sie sich davon verabschiedet, Sachverhalte deterministisch zu betrachten. Stattdessen lässt sie eine Pluralität von Meinungen und Einschätzungen zu einem Gegenstand zu und hantiert verstärkt mit Wahrscheinlichkeiten. Diese Entwicklung führe teils zur Delegitimation von Wissenschaft in der öffentlichen Wahrnehmung: „Zum einen werden nicht die erhofften einfachen Erklärungen geliefert. Zum anderen überzeugen die komplexen Darstellungen nicht intuitiv. Wissen über Wahrscheinlichkeiten ist per se nicht geeignet, Orientierung zu stiften.“ Vielmehr steige die Verunsicherung an und die Öffentlichkeit wird anfälliger für „alternative Fakten“, die die gefühlte Wahrheit scheinbar stützen. Daher liegt die Herausforderung für die Wissenschafts- und Technikkommunikation vor allem darin, Brücken zwischen Wissenschaft und Wahrnehmung zu bauen.

Gelungene Wissenschaftskommunikation

Insgesamt müsse das Motto lauten: „frühzeitige Kommunikation und Mitgestaltungsmöglichkeiten statt nachträgliche Akzeptanzbeschaffung“, so auch Armin Grunwald, Leiter des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse am Karlsruher Institut für Technologie. Als Beispiel für gelungene Wissen-



Armin Grunwald: „Nanotechnologie ist hochriskant.“

schaftskommunikation nannte er die Debatte um Nanotechnologie, für die wegen der winzigen Teilchen klassische physikalische Gesetze nicht gelten. „Es handelt sich dabei durchaus um eine Hochrisikotechnologie. Die Folgen sind nicht erforscht.“ Die Befürworter der neuen Technologie ignorierten diese Gefahren nicht und stießen deshalb frühzeitig einen Dialog an. Das Resultat waren unter anderem große Investitionen in die Erforschung der Folgen. „Daraus können wir bei anderen neuen Technologien lernen“, findet Grunwald.

Aufgeschlossenheit und Zukunftsängste

Wie wichtig Wissenschaftskommunikation ist, zeigt sich an den ambivalenten Einstellungen der Menschen gegenüber Technik und Digitalisierung, so Michael M. Zwick vom Zentrum für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung in Stuttgart. Er präsentierte Umfragedaten des TechnikRadars der Körber-Stiftung:



Michael M. Zwick präsentierte Umfragedaten des TechnikRadars.

- Die Mehrheit der Deutschen ist Technik gegenüber grundsätzlich aufgeschlossen, d. h. technikinteressiert, -informiert und -begeistert.
- Gleichwohl herrschen gegenüber Digitalisierungs- und Technisierungsprozessen Skepsis und Ambivalenz: 50 Prozent erwarten mehr Lebensqualität, 60 Prozent mehr Zwänge und fast 90 Prozent fühlen sich überrollt und ausgeliefert. Die Problemlösungskapazität von Technik wird in Frage gestellt.
- Von der Digitalisierung werden im EU-Vergleich vor allem Vorteile für die Wirtschaft erwartet, weniger für die Gesellschaft oder für sich selbst.
- Den Nutzenerwartungen werden ein Kontrollverlust über persönliche Daten, die Störanfälligkeit von Infrastrukturen und drohende Arbeitslosigkeit entgegen gehalten. Technisierung und Digitalisierung werden mit der Individualisierung von Risiken verknüpft.

Was die Deutschen also vor allem umtreibt, ist nicht die Technik an sich, sondern die Technikimplementierung, ihre gesellschaftliche Einbettung und die gesellschaftlichen Folgen, denen sich die Öffentlichkeit ausgeliefert fühlt. Sowohl ein geringes Institutionenvertrauen bei Risikokommunikation, Regulierung und Kontrolle von Technik, als auch die Wahrnehmung des

technischen Fortschritts als eines überwältigenden Zwangs verstärken den Wunsch nach Mitgestaltung und direkten Partizipationsansprüchen.

Politische Gestaltungsaufgabe

Diese Ambivalenz der Einstellungen weist auf eine wichtige Voraussetzung für technologischen Fortschritt hin: Nämlich dass technische Infrastruktur stets in ein spezifisches Umfeld eingebettet ist, weshalb auch „jeder Technologieträger eine organisatorische Hülle braucht, ohne die er seine Funktionalität nicht entfalten kann“, so Klaus Kornwachs von der Universi-



Klaus Kornwachs: „Politik muss die Ängste und Verunsicherungen der Bürger aufgreifen.“

tät Ulm. Dazu gehört neben organisatorischen und wirtschaftlichen Aspekten vor allem ein gesellschaftliches Klima, das Innovationen gegenüber aufgeschlossen ist. Politik muss also die Ängste und Verunsicherungen der Bürger aufgreifen und entsprechende Rahmenbedingungen schaffen. Dabei muss sie dem Eindruck entgegenwirken, dass es bei der technologi-

schen Transformation allein um Gewinne und Vorteile geht, die nur einem Teil der Bevölkerung zugute kommen. Vielmehr muss sie durch neue Beteiligungsstrukturen, durch regulatorische Anstrengungen und durch sozialpolitische Reformen glaubhaft sicherstellen, dass die Entwicklung insgesamt eine positive Bilanz hat, die den Sozialstaat ins 21. Jahrhundert überträgt.

Fehlertoleranz und Improvisation

Eine Wurzel des gesellschaftlichen Unbehagens hinsichtlich der technologischen Transformation rührt auch daher, dass der Mensch nicht absehen kann, welche Rolle er als Individuum unter den neuen Bedingungen spielen wird, so Eva-Maria Jakobs von der RWTH Aachen.

Dabei liegen die menschlichen Trümpfe in seiner Unvollkommenheit. Denn im Gegensatz zum Menschen macht Künstliche Intelligenz (KI) zwar keine Fehler. Sobald allerdings auch nur ein minimaler Fehler im Mensch-Maschine-System vorliegt, kann sich die KI als brisanter Fehlerverstärker auswirken, erklärt Klaus Kornwachs. Der Mensch garantiert hier hingegen eine Fehlertoleranz: Denn er ist durch seine Kreativität und Improvisationsgabe im Umgang mit Störungen versiert und kann dadurch insgesamt Fehler- und Folgenminimierung sicherstellen. Eine KI wird dazu in absehbarer Zeit nicht in der Lage sein. 

Andreas Kalina

„Schulwissen reicht nicht mehr bis zur Rente“

Welche Aufgaben kommen dem Bildungssystem zu, damit der Mensch auch in Zukunft seine Welt verantwortungsvoll gestalten kann? Welche Inhalte und Kompetenzen werden dafür gebraucht? Auf unserem Bildungspanel diskutierten der bayerische Kultusminister Michael Piazzolo, Akademiedirektorin Ursula Münch, Dieter Spath, der Präsident von acatech, sowie Ortwin Renn.

FÜR PIAZOLO ist entscheidend, dass Schulen nicht nur Fakten vermitteln. In einer Zeit, in der die im Internet abrufbar seien, müsse sich Schule auf Persönlichkeitsentwicklung fokussieren, zur Werteorientierung anleiten und vor allem auf Methoden- und Lernkompetenzen abstellen. Diese seien Voraussetzung dafür, sich lebenslang weiterzubilden. Denn: „Das Wissen aus der Schule reicht nicht mehr bis zur Rente.“

Urteilsfähigkeit stärken

Auch Kompetenzen, die nicht durch Maschinen ersetzbar sind – etwa soziale Intelligenz, Empathie, Kreativität sowie Team- und Konfliktfähigkeit – sollten in der Bildung eine wichtigere Rolle spielen, so Spath. Dies ist auch für Renn unabdingbar: Angesichts der allgegenwärtigen sozialen Medien würden (junge) Menschen in Echokammern leichter zu einem Schwarzweiß-Denken verführt. Insofern müsse verstärkt Urteilsfähigkeit vermittelt werden, um zwischen unterschiedlichen Sichtweisen abwägen und mit Zielkonflikten umgehen zu können. Ansonsten laufe man Gefahr, dass Positionen zwar engagiert vertreten werden, allerdings zugleich stark moralisierend und auf ein Ziel verkürzt. So forderte auch Piazzolo in der Auseinandersetzung um die Schule der Zukunft mehr Rationalität ein: „Manche Debatten sind mir zu aufgeregt und zu emotional aufgeladen.“

Ursula Münch ist überzeugt, dass es in der digitalen Gesellschaft zunehmend auf eine interdisziplinäre Bildung ankommt, in der Schulfächer und ihre Inhalte verschränkt werden. Ein kleiner Anfang wäre die Qualifizierung von Lehrkräften, die sowohl Sozialkunde als auch Informatik unterrichteten. Diese Kombination ist in Bayern bisher nicht möglich – trotz aller Bekenntnis-



Kultusminister Michael Piazzolo (2. v.r.) auf unserem Panel
© Weise (APB)

se zu Digital Citizenship Skills. „Wir hätten sicher nicht auf einen Schlag Hunderte solcher Lehrkräfte, aber es wäre ein Zeichen.“

Relevanz von Weiterbildung

Für Dieter Spath ist Schule vor allem „Schule fürs Leben“. So mahnt er zum einen auch mit Blick auf die Fridays for Future-Bewegung an, dass Schulen neben aller Kompetenz- und Wissensvermittlung auch Verantwortung einfordern sollten.

Zum anderen unterstrich er die nötige Fähigkeit und Bereitschaft zur Weiterbildung nach der Schulkarriere: Die Digitalisierung werde zu Umbrüchen in der Arbeitswelt führen, die nur dann abgefedert werden, wenn sich Arbeitnehmer an die neuen Gegebenheiten auch anpassen können. Für Bildungsanbieter bedeutet das, präsenzarme, flexible Bildungsformate zu entwickeln. Zudem komme es darauf an, Menschen „lernfit“ zu halten: Neben aller Routine in der Arbeitsgestaltung seien stets neue Elemente wichtig, damit man das Lernen nicht verlernt. Münch ergänzte, dass bei manchen Menschen „lebenslanges Lernen“ als „lebenslängliches Lernen“ ankommt, und man bei allen nötigen Bildungsimpulsen auch diese Perspektive als legitim anerkennen sollte.

Schließlich müssten laut Spath neben analytischen Fähigkeiten und dem Exzellenzgedanken insbesondere auch „Fertigkeiten“ stärker in den Fokus rücken. Dies bedeute, auch gezielt die Berufsausbildung zu fördern und insgesamt zu einer veränderten sozialen Wahrnehmung der Ausbildungsberufe beizutragen. Letztere sollten als „Fertigkeitsebenen“ anerkannt werden – und nicht als die Modernisierungsverlierer, als die sie so oft wahrgenommen werden. Denn auch künftig werden sie tragender Pfeiler unserer Ökonomien bleiben – vielleicht noch mehr denn je. Dieses sollte sich in ihrem gesellschaftlichen Standing widerspiegeln.

Andreas Kalina

Erlösung oder Untergang?

Die Digitalisierung umgreift unser ganzes Dasein. Aber müssen wir deshalb gleich unser Verständnis von Humanität hinterfragen? Eine Tagung* widmete sich den Potenzialen, die geeignet erscheinen, unser Verständnis von Menschlichkeit zu erschüttern.

MITTLERWEILE können Computer den Menschen nicht nur bei den Brettspielen Schach und Go schlagen, sondern auch im Poker, hob der Vizepräsident der Gesellschaft für Informatik, Alexander von Gernler, in seiner Einführung hervor. Dies sei schon beängstigend, da es im Poker ja auch auf Körpersprache und Bluffstrategien ankäme. Die Maschinen scheinen jedoch auch dies im Griff zu haben, so Gernler. Patricia Scheiber von der Initiative D21 fügte hinzu, dass viele neue Handlungsoptionen noch gesellschaftlich bewertet werden müssten.

„Hybris der Machbarkeit“

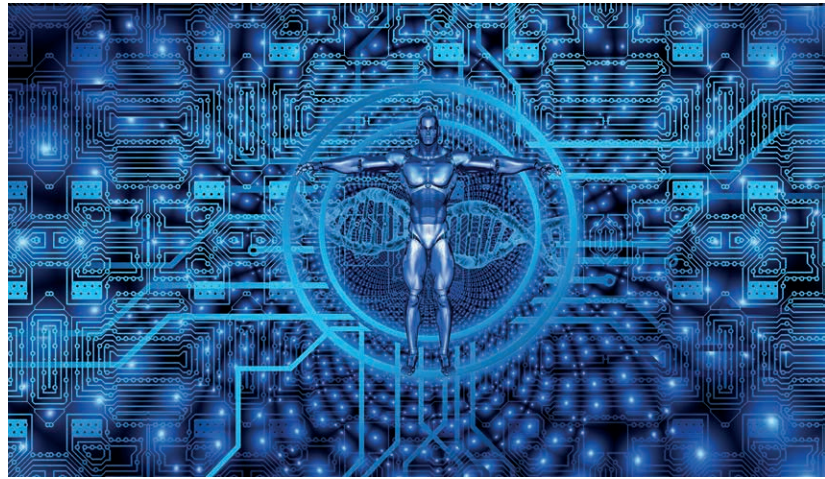
„Zwischen Erlösungsfantasien und Untergangsstimmung“: So skizzierte der Wirtschaftsethiker Johannes Wallacher, Präsident der Hochschule für Philosophie in München, das gesellschaftliche Bewertungsspektrum der Digitalisierung. Bei aller „Hybris der Machbarkeit“ nähmen die Selbstzweifel des „homo faber“ zu, etwa mit Blick auf die Folgen für das Klima. Wir müssen auch überlegen, Stoppschilder aufzustellen, so der Philosoph.



Johannes Wallacher sieht zunehmende Selbstzweifel des „homo faber“.

Akzeptanz der Robotik

Alin Albu-Schäffer, Direktor des Instituts für Robotik und Mechatronik beim Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt in Oberpfaffenhofen, gab Einblicke in



© GERD ALTMANN (GERALT)/PIXABAY

die aktuellen Entwicklungen in der Robotik. Am Beispiel der Pflege erläuterte er, dass die Menschen die Robotik akzeptierten, solange sie sicher sind, dass sie die Roboter selbst steuern können.



Ina Ebert gab einen Überblick über autonomes Fahren.

© Weise / Winterer (APB)

Ina Ebert von der Munich Re blickte aus der Perspektive der Versicherer auf das autonome Fahren und gab einen Überblick über die derzeit diskutierten Aspekte. Dazu gehöre auch die Mentalitätsfrage: Wollen Menschen überhaupt autonom fahren – oder nur „etwas Roboterhilfe“ zum Beispiel beim Parken und im Stop-and-go-Verkehr?

Schwache und starke KI

Karl Teille, Leiter des Instituts für Informatik an der AutoUni der Volkswagen AG in Wolfsburg, blickte auf die Künstliche Intelligenz (KI). Er unterschied zwischen „schwacher“ und „starker“ KI. Die schwache KI würde den Menschen nicht verdrängen, sondern mit Hilfe von digitalen Assistenten und Robotern seine Leistungskraft zu steigern. Ob eine starke KI überhaupt kommt, sei noch offen.

Die Softwareunternehmerin Anja Schaar-Goldapp aus Braunschweig erörterte Fragen der digitalen Ethik im Wirtschaftsleben. Softwareprobleme können gravierende Folgen für die Gesellschaft haben. Dies zeigten zum Beispiel die Abstürze der Boeing 737, die viele Menschenleben kosteten. Sie plädierte für ethische

* In Zusammenarbeit mit der Gesellschaft für Informatik e.V. und mit Unterstützung der Initiative D21 e.V.

Leitlinien, die im Wirtschaftssektor für den Einsatz von Software maßgeblich sind.

Digitale Selbstvermessung

Entsteht durch die technischen Möglichkeiten ein neues Menschenbild? Das fragte Christina B. Class von der Ernst-Abbe-Hochschule Jena. Durch „Social Scoring“ etwa könnten immer detailliertere Klassifizierungen vorgenommen werden. Class plädierte dafür, Räume zu schaffen, die nicht bewertet werden.



Christina B. Class plädierte für „bewertungsfreie Räume“.

Der Soziologe Stefan Selke, Inhaber der Forschungsprofessur „Transformative und Öffentliche Wissenschaft“ an der Hochschule Furtwangen, befasste

sich mit der digitalen Selbstvermessung des Menschen. Schleichend käme es in metrisch geprägten Kulturen zu einer „assistiven Kolonialisierung“. Durch eine Ausweitung der quantifizierbaren Bereiche des Menschen drohe eine „rationale Diskriminierung“. Als Restkategorie des Menschlichen bliebe Irrationalität – und die Fähigkeit, das auszuhalten.

Liebe im Online-Zeitalter

„Wandelt sich die Liebe durch Online-Dating?“. Dieser Fragestellung ging der Psychologe Hannes-Vincent Krause vom Weizenbaum-Institut in Berlin nach. Dabei erörterte er die Unterschiede zum Kennenlernen in der analogen Welt. Diese bestünden insbesondere in dem Zugang zu einem riesigen Pool an potenziellen Partnern, der örtlich und zeitlich ungebundenen Kommunikation sowie der Verheißung des „Matching“ auf beste Chancen für den Beziehungserfolg. Es stünden vom potenziellen Partner auch umgehend Informationen bereit, die früher erst durch den direkten Austausch möglich gewesen wären.



Gero Kellermann

AKADEMIE INTERN

Gefragte Gesprächspartnerin am BR-„Sonntags-Stammtisch“

Seit dem 20. Oktober ist Akademiedirektorin Ursula Münch neuer Stammgast am „Sonntags-Stammtisch“ des Bayerischen Fernsehens. Sie ist in vielen Medien eine gefragte Gesprächspartnerin – nicht nur, wenn es um bayerische Politik geht.

AUCH AM „SONNTAGS-STAMMTISCH“ saß die Politikwissenschaftlerin bereits mehrfach – zuletzt im Juni 2019. Als Teil der Stammbesetzung wird sie künftig regelmäßig sonntags um 11 Uhr live im Brunnerwirt zu Gast sein. Zu diesem Kreis gehören neben Moderator Hans-Werner Kilz bereits die Wissenschaftler Prof. Dr. Ing. Klaus Bogenberger und Dr. Evelyn Ehrenberger sowie der ehemalige Skirennläufer Christian Neureuther. Dazu kommen jeweils zwei aktuelle Gesprächspartner aus Politik und Gesellschaft, die die Themen der Woche diskutieren.



Akademiedirektorin Ursula Münch gehört jetzt zur Stammbesetzung beim „Sonntags-Stammtisch“ des BR.

© APB

Ursula Münch sagt über ihre neue Rolle: „Ich freue mich auf die neue Aufgabe, weil das eine ganz besondere Sendung ist: Kluge Gespräche in entspannter Atmosphäre sind eine Bereicherung – nicht nur für die Zuschauerinnen und Zuschauer, sondern auch für alle, die am Sonntags-Stammtisch sitzen.“



MS

Die Zukunft des Sozialstaats

Das Sozialstaatsprinzip bedeutet einen Gestaltungsauftrag für den Gesetzgeber, verpflichtet zum Ausgleich sozialer Gegensätze und gebietet staatliche Fürsorge für Benachteiligte. Das diesjährige Forum Verfassungspolitik* widmete sich den aktuellen Herausforderungen.

DIE SOZIALSTAATLICHKEIT hat in Deutschland zu einem Höchstmaß an Wohlstand und sozialem Frieden beigetragen, sagte Hans-Jürgen Papier bei seiner Einleitung. Zurzeit würden wir jedoch die Zeit eines großen Umbruchs erleben. Insbesondere aufgrund der demographischen Veränderungen und der notwendigen Finanzierung stehe der Sozialstaat vor großen Belastungs- und Bewährungsproben. Das Grundgesetz gebe den Rahmen vor. Es verzichte dabei auf eine Präzisierung von „sozial“, es sieht auch kein bestimmtes soziales Programm vor, so Papier. Vielmehr eröffne es einen Spielraum, den es durch wegweisende politische Gestaltung auszufüllen gilt.

Menschenwürde als Mindestvoraussetzung

„Die Beinfreiheit des Gesetzgebers ist enorm“, betonte mit Blick auf das Sozialstaatsprinzip auch Rainer Schlegel, der Präsident des Bundessozialgerichts in Kassel. Zu den Pflöcken, die die Rechtsprechung gesetzt habe, gehörten die Menschenwürde und das soziokulturelle Existenzminimum als Mindestvoraussetzung. Wesentliche Aspekte für einen nachhaltigen Sozialstaat sieht Schlegel in einer prosperierenden Wirtschaft, Investitionen in Bildung und Weiterbildung, im Vertrauen der Bevölkerung in die Solidität des



Präsident Rainer Schlegel fordert eine nachhaltige und gerechte Gestaltung des Sozialstaats.

Sozialstaats und in dem Gefühl, dass es gerecht zugeht. Die Nachhaltigkeit zu verankern und die Rechte zukünftiger Generationen zu schützen, sei eine maßgebliche Aufgabe, so Schlegel.



© WILFRIED POHNKE/PIXABAY

Sozialstaats und in dem Gefühl, dass es gerecht zugeht. Die Nachhaltigkeit zu verankern und die Rechte zukünftiger Generationen zu schützen, sei eine maßgebliche Aufgabe, so Schlegel.

Anker für Kontinuität

Der Historiker Winfried Süß vom Zentrum für Zeit-historische Forschung Potsdam blickte auf die Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland. Bei den politischen Umbrüchen in den Jahren 1918, 1945 und 1989 habe sich der Sozialstaat als starker Kontinuitätsanker erweisen. Die Rentenreform von 1957 sei „die sozialpolitische Gründungsurkunde der Bundesrepublik“ gewesen. Demokratie, Wohlstand und Sicherheit wurden so miteinander verbunden. Durch die Agenda-Politik von Bundeskanzler Schröder habe die Lebenswelt der Bürger jedoch einiges an Zukunftssicherheit verloren, so Süß.

Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit in Nürnberg, Detlef Scheele, sieht eine ausgesprochen gute Lage am Arbeitsmarkt. Allerdings gäbe es das Problem des Mangels an nachwachsenden Mitarbeitern, zumal sich auch die Zuwanderung aus der EU abflache. Durch die Digitalisierung würden wir keine Arbeitsplätze verlieren, das erforderliche Niveau werde jedoch ansteigen.



Arbeitsagenturchef Detlef Scheele: „Aufpassen, dass wir niemanden zurücklassen.“

© Schäfer (APB)

* Das Forum Verfassungspolitik ist eine Kooperation der Akademie mit dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Prof. Hans-Jürgen Papier und besteht seit dem Jahr 2014.

Wenn „unten“ ein Verlust von 1,5 Millionen entsteht und „oben“ 1,5 Millionen hinzukommen, müssten wir aufpassen, dass wir niemanden zurücklassen.

„Wir entwickeln uns weiter und keiner darf verloren gehen“, sagte auch die bayerische Sozialministerin Kerstin Schreyer mit Blick auf die Arbeitswelt der Zukunft. „Welche Arbeitsplätze können durch die Digitalisierung verloren gehen, wie kriegen wir die Betroffenen wieder in Beschäftigung?“ Das seien entscheidende Fragen. Sie wies auch auf verschiedene Entwicklungen hin, die zu Bedenken Anlass geben. Wenn ständige Erreichbarkeit vorausgesetzt wird, verschwimmt etwas, sagte sie. Aber natürlich habe die Digitalisierung auch viele positive Seiten.



Sozialministerin Kerstin Schreyer: „Betroffene wieder in Beschäftigung bringen.“

Zukunftssicherung der Renten

Mit der Zukunft der Rentenversicherung befassten sich die Präsidentin der Deutschen Rentenversicherung Bund Gundula Roßbach und Martin Werding, Inhaber des Lehrstuhls für Sozialpolitik und öffentliche Finanzen an der Ruhr-Universität Bochum.



Präsidentin Gundula Roßbach: Optimistisch zur Zukunft der Rentenversicherung

Mit dem Wandel in der Arbeitswelt nähme die Bedeutung selbständiger bzw. hybrider Arbeit zu, die der abhängigen Beschäftigung dagegen ab, so Roßbach. Zum gesellschaftlichen Wandel gehöre auch die Tatsache, dass sich die Lebensstile differenzieren und Ehen und Partnerschaften nicht mehr so stabil seien.

Roßbach ist angesichts dieser Herausforderungen optimistisch. Die Rentenversicherung habe immer wieder ihre Anpassungsfähigkeit bewiesen und wird dies auch in Zukunft tun, so die Präsidentin. Die Alterssicherung in der Mitte des 21. Jahrhunderts werde universalistischer, flexibler und individualistischer sein als die jetzige.

„Der demografische Wandel trifft das Rentensystem unmittelbar und stark“, sagte der Ökonom Werding. Doch wer schützt die Jugend? Für die junge

Generation verwies er auf eine Deckelung des Beitragssatzes. Außerdem sei ein Abstand der Rente zur Grundsicherung nötig, um die politische und rechtliche Legitimität des Systems zu erhalten.

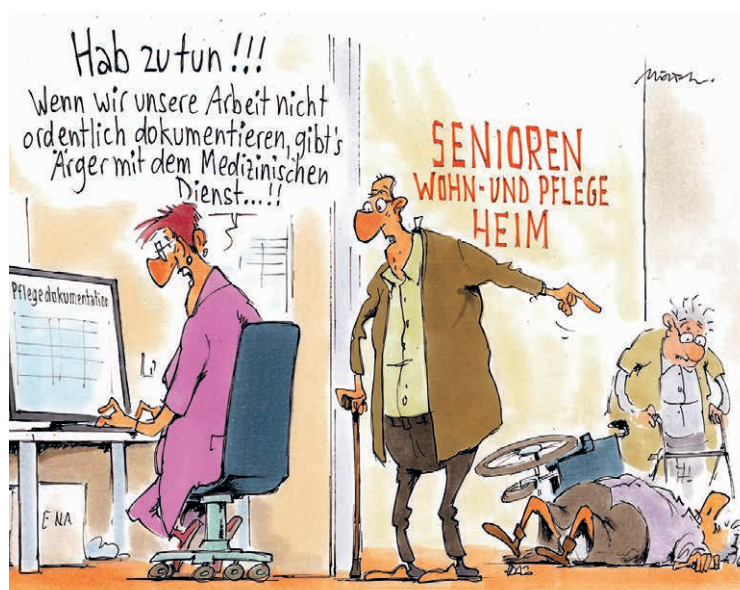
Expertenthema Krankenversicherung

Mit der Frage des Dualismus in der Krankenversicherungsordnung befasste sich Thomas Gerlinger von der Fakultät für Gesundheitswissenschaften der Universität Bielefeld. Seiner Ansicht nach ist das Nebeneinander von gesetzlicher und privater Krankenversicherung eine Quelle vielfältiger Fehlsteuerungen und Inkonsistenzen. Diese Fragen seien aber bisher eher ein Expertenthema gewesen und hätten nur eine geringe Relevanz bei Wahlen gehabt. Vor diesem Hintergrund würden Reformen des Gesundheitssystems voraussichtlich nur schrittweise erfolgen.

Mit der Zukunft der Pflegeversicherung befasste sich Constanze Janda, Inhaberin des Lehrstuhls für Sozialrecht und Verwaltungswissenschaften an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Schwächen gäbe es insbesondere hinsichtlich der Qualität der Pflege, einer angemessenen Unterstützung der Pflegenden, der Erhaltung der Selbstbestimmung, der Anzahl der Pflegeeinrichtungen und der Finanzierung. Zu den beachtenswerten Aspekten, diese Mängel zu korrigieren, gehören unter anderem eine „kultursensible Pflege“, mehr Personal mit besserer Ausbildung, bessere Arbeitsbedingungen und Bezahlung sowie eine rigide Qualitätssicherung mit Transparenz der Kriterien.

Gero Kellermann



© MESTER

Alte Tugenden und neue Formate

Rückbesinnung auf journalistisches Handwerkszeug war der rote Faden der 15. Tutzingener Radiotage.

HANDWERK statt Haltung – das ist für Gudrun Riedl, die stellvertretende Leiterin von BR24, ein zentraler Punkt. Sie ist skeptisch gegenüber dem schwammigen Begriff Haltung: „Je nach Standpunkt und Definition kann man darunter sehr viel verschiedene Dinge verstehen. Der Begriff ist ein Wackelpudding.“ Für Journalisten müsse selbstverständlich sein, dass sie Grund- und Menschenrechte verteidigen. Schließlich leben sie von der Meinungs- und Pressefreiheit. „Aber wo kommen wir hin, wenn Haltung überwiegt und Handwerk in den Hintergrund tritt?“ fragte die Journalistin. Wichtig sei, das Gebot der Distanz zu wahren,



Gudrun Riedl ist skeptisch gegenüber Haltung im Journalismus.
© Schröder (APB)

mehr Transparenz der eigenen Arbeit dem Publikum zu vermitteln und in den Redaktionen eine offene Fehlerkultur zu entwickeln. Nach der Relotius-Affäre vom Dezember 2018 sei in den Redaktionen viel in diese Richtung passiert. So müsse eine Recherche von Beginn an sorgfältig dokumentiert werden und nachvollziehbar sein.

Kritik am „Kanzeljournalismus“

Michael Bröcker – zum Zeitpunkt der Radiotage noch Chefredakteur der Rheinischen Post – pflichtete Riedl bei. Er registriert derzeit „zu viel Kanzeljournalismus“, der von oben herab komme. Er sieht darin einen Grund für den Vertrauensverlust der letzten Jahre in den professionellen Journalismus. „Dagegen brauchen wir einen 360-Grad-Journalismus, der rundum guckt, was los ist.“ Mit Ruhe und Sorgfalt den Dingen auf den Grund gehen und der allgemeinen Hysterie und Hektik der Nachrichtenwelt etwas entgegensetzen – das sei das Gebot der Stunde. „Wir müssen das machen, was gerade keiner macht. Es gibt genug von immer denselben Leuten mit immer den gleichen Argumenten.“ Er rät dazu, weniger umfangreich zu berichten, dafür bei einzelnen Themen mehr in die Tiefe zu gehen und dabei den „Tunnelblick“ zu vermeiden. Und Journalisten dürften auch nicht auf jede Provokation der nationalistisch-völkischen AfD moralisierend reagieren, son-



Ein Radio-Workshop ohne Mikrofon geht gar nicht.
© Talente-Team tura19

dern mit Souveränität und Gelassenheit ihre journalistische Arbeit machen: „Harte journalistische Arbeit hilft gegen Populismus.“

Harte journalistische Arbeit – also Recherche – das ist es auch, was Dietrich Krauß bei der ZDF-Kabarett-Sendung „Die Anstalt“ seit mehreren Jahren zusammen mit Claus von Wagner und Max Uthoff macht. Er sagt: „Das Bestätigungskabarett, wo einer lustig präsentiert, was eh schon alle denken, ist für uns ein totes Gleis. Wir wollten das Kabarett weiterentwickeln, journalistischer machen, zusätzlich Fakten transportieren.“ Dabei sei es wichtig, die Balance zwischen Unterhaltung und Information zu halten. „Wieviel Information trägt die Satire?“ fragte Krauß.



Dietrich Krauß: „Wir wollen das Kabarett journalistischer machen und Fakten transportieren.“

Das Team um Krauß, von Wagner und Uthoff wird verstärkt durch einen Rechercheur und einen Faktenchecker, der vor der Sendung noch einmal alles prüft. Am Anfang steht das Lesen von möglichst vielen Informationen, die zu einem Thema zu kriegen sind – Artikel, Fachbücher, Studien.

Transparenz der Quellen

Alle benutzten Quellen werden ins Internet gestellt, um den Zuschauern eine Prüfung zu ermöglichen. „Wir machen barrierefreies Kabarett, das auch ohne Vorwissen zu verstehen ist“, sagte Krauß. Insgesamt

habe man für die Arbeit an einer Sendung drei bis vier Wochen Zeit: Fakten sammeln, Ideen bündeln, das Drehbuch mit 22 Seiten schreiben. Das Ganze müsse dann noch in eine Theaterform gebracht und Rollen besetzt werden. Und vor der Sendung müssen die Kabarettisten auch noch den Text lernen: „Wir arbeiten ohne Teleprompter.“ Krauß meint: „Im heutigen Journalismus ist zu viel Mainstream. Wir reagieren mit unserer Sendung auf diesen Journalismus. Der muss besser werden – und das heißt nicht: humoriger.“

Neue Formate für junge Hörer

Jan Kawelke und Vassili Golod machen bei Cosmo, einem Programm des WDR, ihren Podcast über Rap und Politik (Machiavelli). Sie erreichen damit die Zielgruppe der 18- bis 34-Jährigen, mit der sich der öffentlich-rechtliche Rundfunk ansonsten schwertut. Wichtig sei die große Freiheit, die man ihnen beim Machen des Programms gibt: „Wenn zu viel reingeredet wird, funktioniert es nicht.“ Beide wurden vom medium magazin im September zu den besten „30 bis 30“-Journalisten gekürt.

Relevanz für die Menschen

Bereits mehrfach preisgekrönt ist das Instagram-Format NewsWG des Bayerischen Rundfunks. Christina Metallinos ist dort Chefin vom Dienst: „Wir haben bei der NewsWG gelernt, dass wir Nachrichten grundsätzlich besser erklären müssen. Die meisten Menschen wissen doch nicht, was ein Fraktionsvorsitzender macht. Und das ist unabhängig vom Alter.“ Sie besteht auf journalistischen Standards: „Wir machen überprüfbare Nachrichten. Wir posten keinen Quatsch. Unsere Nachrichten müssen Relevanz für die Menschen haben. Auf die üblichen politischen Scheindebatten lassen wir uns nicht ein. Da passiert doch nichts, was mein Leben wirklich beeinflusst.“



Christina Metallinos: „Wir müssen Nachrichten besser erklären.“

Glaubhaftigkeit prüfen

Von anderen Professionen lernen war das Motto eines Workshops, in dem die Münchner Rechtspsychologin Sandra Loohs Kriterien der Glaubhaftigkeit und Instrumente der Aussagepsychologie vorstellte. Tatsächlich gibt es viele Tipps, die auch für journalistische Recherchen hilfreich sein können. Wichtig sei es, er-

gebnisoffen an ein Thema ranzugehen. Und wenn Informanten erfundene Geschichten vortragen, haben sie einen sehr stringenten Erzählstrang: „Sie müssen ja konsequent und logisch erscheinen. Es ist auf die Dauer sehr anstrengend, alles auswendig zu lernen, wenn man es nicht erlebt hat“, sagte Loohs. „Erlebnisfundierte Erzählungen springen dagegen auch mal ungeordnet von einem Punkt zum anderen und folgen nicht immer einer logischen Reihenfolge.“

Die Verbesserung des Informationsgehalts von Journalistengesprächen vor dem Mikrophon war Thema des Workshops von Till Opitz, Moderator beim Deutschlandradio. Und um kreativere Zugänge zu Themen im Radio drehte sich alles bei Ingo Rockenberg und Thilo Jahn von Deutschlandfunk Nova.

Ruhe in der Krise

Cristina Helberg präsentierte die Arbeit einer professionellen Faktencheckerin bei Correctiv und stellte online-Tools vor, die in jeder Redaktion verfügbar sind und die bei allen Überprüfungen von Recherchen Standard sein sollten. Ihr Appell: „Gerade in Zeiten von Unglücken, Attentaten und Katastrophen: Ruhe bewahren. Fake News machen gerade dann die Runde und Gerüchte verbreiten sich über social media blitzschnell.“ Deshalb sollten sich Redaktionen nicht drängen lassen, sagt sie. Den Satz eines Reporters „Es gibt aktuell keine gesicherten Informationen“ müsse das Publikum auch mal aushalten.



Cristina Helberg ist Faktencheckerin bei Correctiv.

Michael Schröder

Tipp

Die 15. Tutzingen Radiotage wurden wieder multimedial begleitet von einem Workshop junger Radio-Talente. Mehr unter:

<https://radiotage.wasmitmedien.de/2019/>



auf Twitter: @radiotage, #tura19

„In Zeiten der Zerstreuung schlägt die Stunde des Kinos“

Um Räume in vielfacher Hinsicht ging es beim 6. Filmgespräch am See* mit Oscar-Preisträgerin Caroline Link, Regisseur Tom Tykwer und Szenenbildner Uli Hanisch.

LINK, die mit „Nirgendwo in Afrika“ 2003 den Oscar gewann, konnte mit ihrem letzten Film „Der Junge muss an die frische Luft“ nach der Autobiographie von Hape Kerkeling einen großen Publikumserfolg landen: Bislang sahen 3,7 Millionen Menschen den Film. Moderatorin und Kulturjournalistin Sylvia Griss vom Bayerischen Rundfunk fragte, welche Rolle Räume in diesem Film spielen. „Ich habe die Räume als Reise in meine eigene Kindheit empfunden und erst beim Drehen begriffen, was das für eine Zeit war.“ Das gelte auch für die Sprache: „Die ist weit weg von der heutigen Sprache.“ Link und Kerkeling sind beide 1964 geboren.

Intensität vor Raum

Tykwer – ein Jahr jünger – ergänzte, dass die Räume der Kindheit einem heute viel kleiner vorkommen. „Damals war alles riesig und hoch. Die Proportionen verändern sich.“ Für ihn sei Intensität auch viel wichtiger als Räume: „Intensität kannst Du auch mit Maus und Katze in einer weißen Ecke drehen – drei Stunden lang. Oder mit einem Schauspieler. Es muss aber intensiv sein. Dann ist der Raum egal.“

Caroline Link sprach über „Intensität nach innen“: „Filme die gelingen, haben immer was mit der Persönlichkeit des Machers zu tun. Ich will, dass der Regisseur entscheidet, wie eine Szene aussieht und wie jemand dargestellt wird. Ich gehe immer von den Figuren aus, die im Mittelpunkt stehen.“ Bei „Exit Marakesch“ aus dem Jahr 2013 mit Ulrich Tukur sei das aber anders gewesen: „Ich wollte unbedingt in Marokko drehen. Da war der Raum zuerst da.“



Caroline Link: „Kino ist Liebe zum Detail.“

Für Räume im Film verantwortlich ist Szenenbildner Uli Hanisch, der mit Tom Tykwer zuletzt das Serienmeisterwerk „Babylon Berlin“ realisierte (16 Folgen in zwei Staffeln). Die dritte Staffel wurde im Mai 2019 abgedreht. Im Herbst 2019 werden die acht neuen Folgen zunächst bei Sky, ein Jahr später in der ARD gezeigt. Hanisch sagte: „Ich kann

mit Realität nichts anfangen. Jeder von uns erlebt eine eigene Realität.“ Hanisch und Tykwer haben zusammen 2006 auch schon „Das Parfum“ nach dem Roman von Patrick Süskind auf die Leinwand gebracht. Hanisch berichtete, dass im Buch die Parfümerie auf unzähligen Seiten detailliert beschrieben wird: „Wir



Uli Hanisch: „Die Verbindung zu heute macht ‚Babylon Berlin‘.“

© Schröder (APB)



haben alles nachgebaut und am Ende stimmte nichts. Das Buch ist anders als der Film.“ Das sei aber egal. „Wichtig ist, warum wollen wir das erzählen?“ Das war auch für den Regisseur des Films entscheidend: „Warum lesen Millionen vom Menschen ein Buch, das sich auf die Seite eines geisteskranken Massenmörders stellt?“

Bei „Babylon Berlin“ wiederum seien die Räume sehr wichtig gewesen: „Der Raum Berlin steht ja auch schon im Titel“, sagte Tykwer.

Authentizität im Hintergrund

Für die bisherigen 16 Teile der Serie habe man tatsächlich viel Geld in die Hand nehmen können. Eine 45-Minuten Folge kostete 2,4 Millionen Euro. Auf Spielfilmlänge umgerechnet sind das knapp fünf Millionen. „Dann relativiert sich das schon wieder“, sagte Tykwer. Schließlich sei die Serie ja auch in 30 Länder verkauft worden und auch international ein großer Publikumserfolg. Warum ist die Serie so gelungen, wollte Sylvia

* Eine erneute Kooperation mit dem Fünf-Seen-Filmfestival

Griss wissen. „Wir haben gedreht, was wir wollten. Wir mussten Berlin wiedererfinden, kannten die Stadt in den 1920er-Jahren ja nicht. Authentizität stand eher im Hintergrund. Wir wollten wissen: Wie fühlte sich diese Stadt damals an?“ Und Hanisch ergänzte: „Damals wurde die Modernität entfesselt. Es ist auch die Verbindung zu heute, die die Serie relevant macht. Viele Menschen kennen die Geschichte der Weimarer Republik überhaupt nicht.“ Caroline Link findet, dass gerade auch Jugendliche über solche Serien mehr über Geschichte erfahren können, als über den Unterricht in der Schule.

Sie selbst hat gerade „Als Hitler das rosa Kaninchen stahl“ nach dem Roman von Judith Kerr abgedreht. Der Film kommt Weihnachten in die Kinos. Sie sei froh, dass sie dabei ohne die üblichen 30er-Jahre- und NS-Klischees ausgekommen sei: „Die Zeit des Nationalsozialismus ist bei uns doch schon zu Tode gefilmt worden.“

Einig waren sich die Diskutanten, dass in unserer Zeit der vielfachen Zerstreuung durch Medien die Stunde des Kinos schlägt. „Denn“, so Caroline Link, „Kino ist Liebe zum Detail. Und das geht auf einem kleinen Smartphone-Display eben nicht.“ Dafür brauche man das gemeinschaftliche Erleben in einem dunklen Raum auf großer Leinwand – eben im Kino.

Michael Schröder



Tom Tykwer hat gerade die dritte Staffel von „Babylon Berlin“ abgedreht.

(siehe Presseschau Seite 30)

AKADEMIE INTERN

Akademieteam überzeugt beim Landkreislauf

BEIM DIESJÄHRIGEN Starnberger Landkreislauf in der Gemeinde Wörthsee errang das zehnköpfige Akademieteam in der Firmenwertung einen guten 13. Platz von 26 Mannschaften. Insgesamt waren bei bestem Rennwetter über 160 Mannschaften am Start, die von zahlreichen Helfern und Anhängern unterstützt wurden. Der Staffellauf bestand aus insgesamt zehn Runden zwischen jeweils fünfeinhalb und drei Kilometern. Neben im Landkreis ansässigen Sportvereinen und Laufgemeinschaften trugen viele öffentliche Institutionen sowie Wirtschaftsunternehmen zu einem bunten Starterfeld bei.

Kel



In Höchstgeschwindigkeit: Luis Illan (links) wechselt auf Andreas Kalina.

© Meyer (APB)

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Roberta Astolfi M.A.

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik, Schwerpunkt Asien-Pazifik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Beate Winterer M.A.

Weltmeister durch Dominanz in den Nischen

Auch unbekannte, mittlere Unternehmen können an die Spitze der Weltrangliste vordringen. Gründe und Voraussetzungen für den Erfolg, aber auch Hindernisse beleuchtete unsere Tagung.

IMMER WIEDER entstanden Unternehmen aus dem „Nichts“, führten dann aber den technologischen Wandel an und wurden schließlich zu Weltmarktführern. Etablierte Unternehmen verschwanden oder mussten sich neu erfinden. Was sind Hidden Champions? Wie wird und bleibt ein Unternehmen Weltmarktführer? Wie steht die deutsche Wirtschaft in Sachen Globalisierung da? Und wie kann die Politik Unternehmer unterstützen? Wissenschaftler, Unternehmer, Politiker und Journalisten diskutierten diese Fragen.

„Was Gewinn bringt, ist nicht die Erfindung, sondern die Entstehung von Netzwerken“, war das Credo von Harold James (Princeton University), der die Wirtschaftsgeschichte von der Erfindung der Dampfmaschine bis zur digitalisierten Welt untersuchte. Wenn Gründer den Staat von der Bedeutung ihrer Innovation überzeugt hätten, sei die Expansion des Unternehmens na-



Harold James untersuchte die Wirtschaftsgeschichte von der Dampfmaschine bis zur Digitalisierung.

© Winterer / Häsch / Schäfer (APB)

hezu gesichert gewesen – so wie bei Alfred Krupp in Deutschland. Zwei Dinge seien nach 1870 entscheidend für den Kapitalismus gewesen: das Entstehen von Aktiengesellschaften, was die Mobilisierung von Kapital ermöglichte, und wissenschaftliche Entdeckungen, die die Erneuerung von Erzeugnissen und Produktionsprozessen vorantrieben.

Stärke durch Innovation

Auch Irene Bertschek vom Zentrum für europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim sieht Netzwerkeffekte neben der Datenspeicherung als wesentliche Faktoren für den Erfolg der „Big Five“. Microsoft, Amazon, Apple, Facebook und Alphabet, die

fünf wertvollsten Wirtschaftsunternehmen weltweit, hätten durch Digitalisierung, Innovationen und Produktivitätswachstum zu ihrer heutigen Stärke gefunden. Die Netzwerkeffekte begünstigten jedoch die Monopolisierung und das Entstehen von Netzgiganten, die durch gezielte Zukäufe von Start-Up-Firmen ihre marktbeherrschende Stellung weiter ausbauen. Die digitalen Technologien könnten jedoch als „Querschnittstechnologie“ breit verwendet werden. Sie würden die Voraussetzung für Innovation und Wachstum schaffen. Doch noch immer setze ein beachtlicher Teil der deutschen Wirtschaft sie nur punktuell ein.



Irene Bertschek sieht digitale Technologien als Voraussetzung für Innovation und Wachstum.

Gute Standorte

„In zwei Drittel aller Marktsegmente weltweit rangieren deutsche Unternehmen unter den Top drei der Anbieter“, so Bernd Venohr. Der Unternehmensberater sieht den Erfolg der rund 1400 Mittelständler in Deutschland in vier Faktoren: einer globalen Nischendominanz des Produktes, dem Führungsmodell eines „aufgeklärten Familienkapitalismus“, operativen Spitzenleistungen und guten Standortbedingungen. Man müsse sich aber im Klaren sein, dass die (Welt)-Marktführerschaft nur eine Momentaufnahme sei. Langfristiger Erfolg sei eher die Ausnahme, nicht die Regel. Auslöser für den Verlust der Marktführerschaft seien meist Markt- und Technologieveränderungen, oft auch Arroganz der Geschäftsführung oder Streit im Gesellschafterkreis. Ein Abstieg sei kein „Naturgesetz“, sondern könne durch eine entsprechende Strategie und Unternehmenskultur aufgehalten werden.



Bernd Venohr: „Langfristiger Erfolg ist eher die Ausnahme.“

Im Kontrast zu den globalen Großkonzernen sind Hidden Champions unbekannte, meist auf Marktnischen spezialisierte Unternehmen, die durch innovative Tech-



Martin Pregler stellte mit Brainlab ein erfolgreiches Start-Up im Bereich der Medizintechnik vor.

nologien erfolgreich wirtschaften. Oft können sie als sogenannte Modellunternehmen der Industrie 4.0 bezeichnet werden. Martin Pregler stellte Brainlab vor, das als Start-Up der Software-Entwicklung im Bereich der Medizintechnik vor 30 Jahren gegründet wurde. Die Firma machte jährlich 275 Millionen Euro Umsatz und beschäftigte

in 66 Ländern mehr als 1400 Mitarbeiter. Die Software des Unternehmens werde in mehr als 5000 Krankenhäusern weltweit eingesetzt. Wie man Weltmarktführer werde, so Pregler, sei die eine, wie man es bleibe, sei jedoch fast die spannendere Frage.

Globale Megatrends

Michael Grömling vom Institut der deutschen Wirtschaft stellte heraus, dass Deutschland im Gegensatz zu den meisten anderen höherentwickelten Volkswirtschaften seinen Industrieanteil am Sozialprodukt und an den Beschäftigten über die letzten zwanzig Jahre nahezu konstant gehalten habe. Das deutsche industriebasierte Exportmodell habe vor allem durch den globalen Investitionsboom der Schwellenländer profitiert und durchaus auch gute Perspektiven in der Zukunft. Denn die globalen Megatrends der Urbanisierung, der Demographie, des Klimawandels und der Rohstoffknappheit verlangten nach industriellen Problemlösungen, die deutsche Unternehmen anbieten könnten. Dabei müssten allerdings die Chancen der Digitalisierung genutzt werden und vor allem die Standortbedingungen (Investitionen in Sach- und Humankapital) zur Entwicklung und Nutzung der neuen Technologie in Deutschland verbessert werden.

Schwerfällige Supertanker

Markus Taube (Mercator Universität Duisburg-Essen) stellte fest, dass das Gravitationszentrum der Weltwirtschaft seit Jahrzehnten kontinuierlich Richtung Osten wandert und bereits heute überwiegend unter dem Einfluss Ostasiens steht. Dennoch seien die für die dynamische Entwicklung der Region letztendlich



Markus Taube analysierte den Erfolg ostasiatischer Unternehmen.

verantwortlichen Unternehmen sowie deren Organisationsstrukturen und Managementstile im Westen weitgehend unbekannt. Zwar prägte starke staatliche Steuerung den Unternehmenssektor, doch letztlich hätten dezentrale unternehmerische Innovationskraft und Geschäftstüchtigkeit einen erheblichen Beitrag für den Erfolg dieser Volkswirtschaften. Die bedeutendsten Unternehmen in Ostasien teilen sich in drei Gruppen auf: In der ersten dominierten die Großkonzerne, die sich auf einen sehr starken Heimatmarkt fokussierten und enge Kontakte zum Staat pflegten. Taube charakterisierte sie als schwerfällige Supertanker.

Agile Schnellboote

Für den Westen viel bedeutsamer seien jedoch die innovationsstarken Start-Ups, die Taube als agile Schnellboote bezeichnete. Hier gäbe es zwei Typen: Jene, die sich zunächst auf den Heimatmarkt konzentrierten, und jene, deren Geschäftsmodell sich schon früh in ihrer Entwicklung grenzübergreifend orientierte. Diese sehr findigen Unternehmer hätten nicht nur gelernt, sich gegenüber mächtigen Partei- und Regierungsorganisationen zu behaupten, sondern auch aus der Position von underdogs heraus auf den Weltmärkten zu prosperieren. Es lohne sich, einen genaueren Blick auf die Strategien und Führungsstile dieser Unternehmen zu werfen. Japanische Vorbilder der 1970er und 1980er Jahre seien längst entdeckt und teilweise adoptiert worden.

Kartellbildung

Oliver Falck (ifo-Institut München) nahm die Industrieländer und insbesondere die USA stärker in den Fokus. Er konstatierte, dass im Vergleich zu Deutschland die USA zwar über die letzten zwanzig Jahre ein höheres Wirtschaftswachstum aufwiesen, doch dies werde nur durch wenige digitale Spitzenunternehmen vorangetrieben. Es gebe jedoch Anzeichen dafür, dass der Wettbewerb auf diesen neuen Märkten abnehme. Begünstigt werde dies durch den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung, den Kauf von innovativen Firmen und die Bildung faktischer



Oliver Falck forderte frühzeitige Intervention bei der Bildung von Kartellen.

Kartelle über die Nutzung gleicher Algorithmen. Die Wettbewerbspolitik müsse deshalb bei der Fusion, Kauf und bei Bildung von Kartellen frühzeitig intervenieren. Zudem solle man die von Unternehmen gesammelten Daten stärker anderen Firmen zur Verfügung

gung stellen. Mit Gesetzesänderungen, so Falck, solle man sich dagegen zurückhalten und zunächst den gegebenen Rahmen ausschöpfen.

Protektionismus

Henning Klodt, ehemals am Kieler Institut für Weltwirtschaft, wies darauf hin, dass zwar mit Donald Trump der Umgangston in den internationalen Handelskonflikten rauer geworden sei, doch es wäre ein Fehler, dies allein mit dem Charakter des Präsidenten zu erklären. Schon vor Trump seien die USA nicht mehr wie in den Jahrzehnten nach 1945 als Motor der Handelsliberalisierung aufgetreten. Es sei naiv zu glauben, dass sich daran mit einem anderen Präsidenten grundlegend etwas ändere. Denn die USA hätten in den letzten zwanzig Jahren ihre dominante Stellung in der Weltwirtschaft verloren.



Henning Klodt glaubt nicht an ein Ende des Protektionismus nach Trump.

Am Ende stand die Frage der Regulierung im Mittelpunkt. Der ehemalige bayerische Wirtschaftsminister Franz Josef Pschierer ist der Meinung, man müsse in der EU eine gemeinsame Antwort suchen, um mit den asiatischen Staaten mitzuhalten. Auch die Forderung nach Regulierungsmechanismen für die digitale Wirtschaft wurde bekräftigt. „Wir müssen den Rahmen schaffen, damit Global Player in der EU entste-

hen und sich entwickeln können“, sagte der ehemalige Leiter des Büros des EU-Parlaments in München, Jochen Kubosch.

Skeptisch äußerte sich die BR-Wirtschaftsredakteurin Christine Bergmann: Bei der Regulierung komme die Politik offensichtlich nicht voran. Sie sei hilflos. Außerdem, so Bergmann, solle man sich auch fragen: „Müssen wir immer mit den Großen mithalten?“ Das Fazit der Referenten: Deutschland müsse eine neue Kultur des Scheiterns entwickeln, so dass innovative Ideen – ähnlich wie in China oder den USA – einfach ausprobiert werden können, ohne Angst vor den Folgen haben zu müssen. Eine Forderung an die Politik war das Erhalten und Verbessern von Standortbedingungen, angefangen von der Infrastruktur über die Finanzierung von neuen Geschäftsideen, bis hin zu Investitionen in Bildung, Forschung und Entwicklung. 



Christine Bergmann: „Bei der Regulierung kommt die Politik offensichtlich nicht voran.“

Wolfgang Quaisser
Beate Winterer
Christine Häsch

Linktipp

Einige der Beiträge der Tagung wurden im ifo-Schnelldienst Nr. 15 vom 8. August 2019 veröffentlicht:
<https://www.ifo.de/publikationen/2019/aufsatz-zeitschrift/global-und-hidden-champions-unternehmen-veraendern-die-welt?eNLifo-201908>



© MESTER

Cyber-Angriffe und Wasser als Waffe

Die heutigen globalen Phänomene sind sehr diffus, schwer zu greifen und hochgradig miteinander verflochten. Vor diesem Hintergrund werden hier zwei Themen angesprochen, die im Rahmen von Fachtagungen der Internationalen Politik an der Akademie behandelt wurden.

„DIE GEGENWÄRTIGEN globalen sicherheitspolitischen Herausforderungen sind nur im gemeinsamen Verbund und multilateral zu lösen.“ Das ist ein oft gehörter und akzeptierter Allgemeinplatz. Doch der Multilateralismus hat ein Problem. Er bewegt sich in einem konstanten Spannungsfeld zwischen der Frage, wie Multilateralismus als Konzept heute zu verstehen und umzusetzen ist, und der Forderung, gleichzeitig Antworten auf globale Herausforderungen zu finden. Und so geläufig der oben genannte Satz auch ist: Blickt man tiefgründiger auf (gesellschafts-)politische Debatten in der internationalen Politik, kann man sich dem Gefühl nicht verwehren, der Forderung nach multilateralem Handeln ist dringend Nachdruck zu verleihen, ohne sich dabei in idealistischen Phantasien zu verlieren.

Es blickt sich vermeintlich leichter auf die großen Akteure und deren globale Interessenausdrückung. Das ist im Kern richtig und notwendig. Nur darf darüber nicht vergessen werden, die sogenannten diffusen anderen Phänomene verstehen zu lernen, sie zu analysieren und daraus nachhaltige Handlungsoptionen für die internationale und nationale Politik abzuleiten.

Künstliche Intelligenz und Cybersecurity

Global gesehen entsteht pro Jahr ein Gesamtschaden von 600 Milliarden Dollar aufgrund von Cyber-Angriffen gegenüber kritischen Infrastrukturen oder staatlichen Systemen. Die Dunkelziffer ist jedoch größer. Realistisch sei eher die dreifache Summe, führte Oliver Rolofs, ein Kenner der sicherheitspolitischen Landschaft und Partner bei connecting trust, aus. Man könne durchaus von einem „digitalen asymmetrischen Konflikt“ sprechen, meinte Simon Jacob, Journalist mit Nahost-Expertise und General Manager von Oannes Consulting.

Beide beschrieben mit Blick auf den Nahen Osten das gleiche Problem: Terroristische Organisationen kauften sich für wenige US-Dollar die besten IT-Absolventen aus

Pakistan oder Indien ein. Die seien in der Lage, einen Cyber-Angriff mit größerem Schaden als ein Sprengstoffanschlag – der zudem viel höhere Kosten verursache – zu planen. Der Cyber-Terrorismus aus Nahost verfolge das Ziel, westliche Gesellschaften zu zersplittern. Auch der gefährliche Cocktail zur Erreichung dieses Ziels sei schnell ausgemacht: Für wenige US-Dollar könne westliches Material und Infrastruktur erworben werden, die sich mit günstiger IT-Kompetenz aus dem Nahen Osten zu einem hoch explosiven Gemisch vereinen ließe.

Problem der Identifikation

Die Abwehr dieser Angriffe stellt die Verteidiger vor große Herausforderungen. Bereits die physische Identifikation eines Cyber-Angreifers stelle ein schier unlösbares Problem dar. Die Technologie ist heute so weit, dass man kaum zweifelsfrei feststellen könne, woher ein Angriff komme. Etablierte rechtliche Steuerungsmechanismen helfen da nicht weiter.

Solche Angriffe erfordern den Aufbau entsprechender staatlicher Verteidigungskapazitäten. Rolofs gewährte an dieser Stelle einen Einblick in die institutionellen Strukturen innerhalb Deutschlands und der EU: In Deutschland gäbe es 50 Ressortinitiativen im Bereich Cyber. Jedoch gebe es darüber weder eine einheitliche Strategie, Vernetzung oder Leitungskompetenz. Mit Blick auf die eingangs geforderten multilateralen Bewältigungsstrategien lohnt ein Blick auf die EU: Doch auch hier sieht Rolofs das gleiche Ergebnis wie auf nationaler Ebene.

Wasser als Waffe

Klimatische Veränderungen bedingen ein weiteres Phänomen, das Relevanz für die internationale Politik und auch für die Sicherheitspolitik entfaltet: Wasser, vor allem sauberes Trinkwasser, wird zur knappen Ressource. Wasserkonflikte oder gar -kriege werden über die Verteilung, die Nutzung und die Ressource an sich geführt. Tobias von Lossow vom Clingendael Institute in Den Haag blickte auf das Thema der Nutzung von Wasser zur Erreichung eines geostrategischen Ziels.

Die Wirkung von Wasser als Waffe zeige sich in drei Dimensionen. Ein Angriff auf die Wasserinfrastruktur bedeute zugleich einen gezielten Angriff auf die Bevölkerung mit dem Ziel der Machtdemonstration. Von Lossow führte aus, dass es dem Angreifer darum ginge, auf der politischen Ebene Schwachstellen aufzuzeigen, die Vertrauensbasis zwischen Zivilbevölkerung und Regierung zu zerstören und die Legitimation einer Regierung in Frage zu stellen. Ebenso werde Wasser vermehrt militärstrategisch und -taktisch als

Waffe eingesetzt. Mit der Kontrolle über Wasserterritorien erreichen Angreifer die Kontrolle über regionale Territorien, ohne sie besetzen zu müssen. Schließlich erzielten Angreifer über die Nutzung von Wasser als Waffe auch eine psychologische Wirkung. Denn so könnten sie eine Drohkulisse errichten, die das Potential von Atombombenbesitz habe.

Kriegsverbrechen und Verstoß gegen Völkerrecht

Der sogenannte Islamische Staat, so von Lossow, nutzte in seiner Hochphase diese gesamte Bandbreite des Einsatzes von Wasser als Waffe. So sei es Teil der Expansionsstrategie des „IS“ gewesen, Wasserressourcen zu kontrollieren. „IS“-Verbände breiteten sich gezielt an Flüssen Richtung Bagdad aus. 2015 schloss der „IS“ die Schleusen des Ramadi-Damms, konnte so aufgrund des Niedrigwassers den Fluss überqueren und auf der anderen Seite die irakische Armee angreifen. Vor allem in kleinen sunnitischen Gemeinden erkaufte sie sich Zuspruch oder Neutralität, in dem sie erst gegen Gebühr und Zusicherung von Zustimmung die zuvor abgestellte Wasserzufuhr wieder öffneten. Nahe Aleppo verunreinigte der „IS“ das Trinkwasser mit Rohöl. In anderen Regionen Iraks, spezi-

ell in denen die Landwirtschaft von einer geregelten Wasserversorgung abhängig war, wandte der „IS“ das Mittel der gezielten Überflutung von Feldern an, um die Bauern zu erpressen, so von Lossow.

Wie lautet das Fazit und wie ist der Zusammenhang mit der eingangs aufgeworfenen Frage nach der Anwendung multilateraler Strukturen herzustellen? Freilich ist der strategische Einsatz von Wasser in Konflikten oder als Waffe in Kriegen kein neues Phänomen, jedoch habe es der „IS“ auf ein anderes Level gehoben, fasste Tobias von Lossow zusammen. Diese Beispiele seien als Kriegsverbrechen und Verstoß gegen das Völkerrecht zu werten. Eine Aufgabe, bei der die internationale Gemeinschaft aktiv werden und entsprechend vorhandene Steuerungs- und Regulierungsmechanismen auch zur Anwendung bringen muss. Zweitens: Cyberattacken auf Wasserinfrastrukturen sind global gesehen wöchentlich zu verzeichnen. Deren Folgen erstrecken sich über Staatsgrenzen hinweg. Auf den „digitalen asymmetrischen Konflikt“ jedoch ist bislang kein Staat vorbereitet; weder unilateral noch im Staatenverbund.



Anja Opitz

Wasser als Waffe

Mehr als 70 gewaltsame Konflikte in Zusammenhang mit Wassernutzung wurden im Jahr 2017 gezählt. Seit den 1980er Jahren sammeln und kategorisieren Forscher des US-amerikanischen Pacific Institute Zahlen zu Wasserkonflikten. Die steigende Zahl führen sie zum einen auf die bessere Datenlage und -beschaffung sowie ein wachsendes Bewusstsein für das Thema zurück. Zum anderen birgt das immer knapper werdende Wasser ein hohes Konfliktpotenzial in sich. Die steigende Nachfrage nach Energie, Nahrung und sauberem Wasser führt immer häufiger zu – auch gewaltsamen – Konflikten.



© PICTURE-ALLIANCE/ DPA-INFOGRAFIK

Wie sich die politische Realität durch Theorie besser verstehen lässt

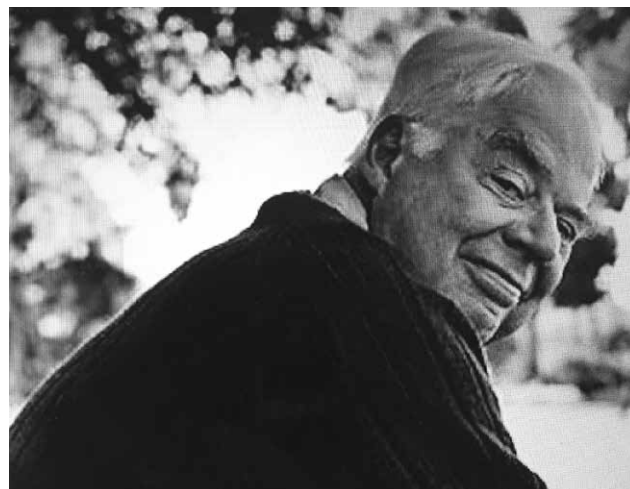
Vor 30 Jahren erschien Richard Rortys Werk „Kontingenz, Ironie und Solidarität“. Philosophen, Politik- und Sprachwissenschaftler haben seine Thesen und ihre Herausforderungen für die politische Philosophie an der Akademie diskutiert.

INWIEFERN sind theoretische, philosophische Überlegungen für das praktische, politische Leben wirklich treffend und relevant? Wie weit entfernt ist die Philosophie von der Welt? Vor dem Hintergrund des 30-jährigen Jubiläums der Veröffentlichung von Rortys zweitem Hauptwerk zeigte die vielfältige Debatte, die aus Rortys Gedanken entstanden ist, dass theoretische Einsichten nicht nur brennend-aktuelle Themen betreffen, sondern auch, dass sie für diese Aktualität eine Herausforderung darstellen, die anzugehen ist.

Autonomie und Politik

In seinem Buch skizziert Rorty die Utopie einer post-metaphysischen liberalen Gesellschaft, in der Freiheit als Bewusstsein der Kontingenz universell geworden ist. Die Diskussion über die spannende und spaltende Theorie des US-amerikanischen Autors, unter anderen von Hauke Brunkhorst, Walter Reese-Schäfer und Michael Reder animiert und von Martin Müller geleitet und moderiert, gibt denjenigen, die an eine Spaltung zwischen den „im Elfenbeinturm“ eingeschlossenen Theoretikern und der „normalen“ (politischen) Welt glauben, Grund genug, ihre Überzeugung in Frage zu stellen. Am Ende ginge es für Rorty darum, hob Bärbel Frischmann hervor, zu versuchen, „private Autonomie und demokratisch-liberale Politik miteinander zu verbinden“.

Sieht man die praktischeren, praxisorientierten Elemente von Rortys Theorie als Ausgangspunkt an, merkt man sofort, dass es nicht nur um Solidarität geht. Übrigens ein Begriff, der in unserer heutigen Gesellschaft immer wieder neu zu definieren ist. Es geht auch um menschliche Unsicherheitsgefühle, um soziale Gerechtigkeit, um den gefährdeten Liberalismus, um Empathie, um Kunst und Sprache. Das sind nur einige Hauptthemen dieser Theorie. Neben dem „visionären Politiker“ sei der Künstler für Rorty, so Josef Fruchtl, „der Kulturheld der Moderne“. Und allein das würde – als kulturelle und politische Provokation –



Richard Rorty (1931- 2007) war einer der bedeutendsten Philosophen des 20. Jahrhunderts.

© Rortiana (CC BY-SA 4.0)

schon genügen, um die philosophische Analyse an unser „normales“ Leben sowie an die Politik zu koppeln (oder umgekehrt!).

„Bindung von Tradition und Neuheit“

Auch wer sich lieber auf die Grundlagen der Philosophie konzentriert, wird bald merken, dass kaum ein Bereich des philosophischen Denkens von der Auseinandersetzung unberührt bleibt, die aus Rortys Reflexion entsteht. Vom klassischen deutschen Idealismus bis zum angelsächsischen Pragmatismus, zum Existentialismus und zur kritischen Theorie – ganz zu schweigen von den Verweisen auf die Pop-Kultur und auf die Literatur – werden die wesentlichen Kerne des westlichen philosophischen Denkens zu Schwerpunkten einer Diskussion, die nicht nur die von Yvonne Huetter-Almerigi für erfolgreich gehaltene Verkörperung einer „Bindung von Tradition und Neuheit“ in Rortys Figur unterstreicht, sondern auch zweifellos aus der Theorie zur Praxis führt.

Dieser Übergang zeigt, dass, wenn überhaupt irgendein Elfenbeinturm existiert, er so fest mit dem politischen Boden verbunden ist, dass die zwei sich nur dann verstehen lassen, wenn sie zusammen betrachtet werden.



Roberta Astolfi

Linktipp

Ein ausführlicher Bericht zur Tagung von Oliver Weber erschien am 13. Juli 2019 in der FAZ: <https://www.faz.net/aktuell/karriere-hochschule/kontingenz-ironie-und-solidaritaet-von-richard-rorty-wiedergelesen-16241669.html>



Tag der Artenvielfalt im Akademiepark

32.000 Quadratmeter umfasst der Park der Akademie und ist Lebensraum für viele Tiere. Am Informationstag zur Artenvielfalt haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie das Ökosystem rund um ihren Arbeitsplatz besser kennengelernt.

„FRÜHER war hier alles zugewachsen. Der See war überhaupt nicht zu sehen“, erläutert Akademiegärtner Fridolin Baur und deutet über die Wiese mit Blick auf den Starnberger See. Die Wende kam mit dem Parkpflegekonzept, das die Akademie 2001 aufstellte. Das Ziel: die Baumreihen lichten und mehr Sichtachsen auf den See und Grünflächen schaffen. Inzwischen ist ein Vorzeigepark mit drei Zonen entstanden.

Drei Zonen für mehr Artenvielfalt

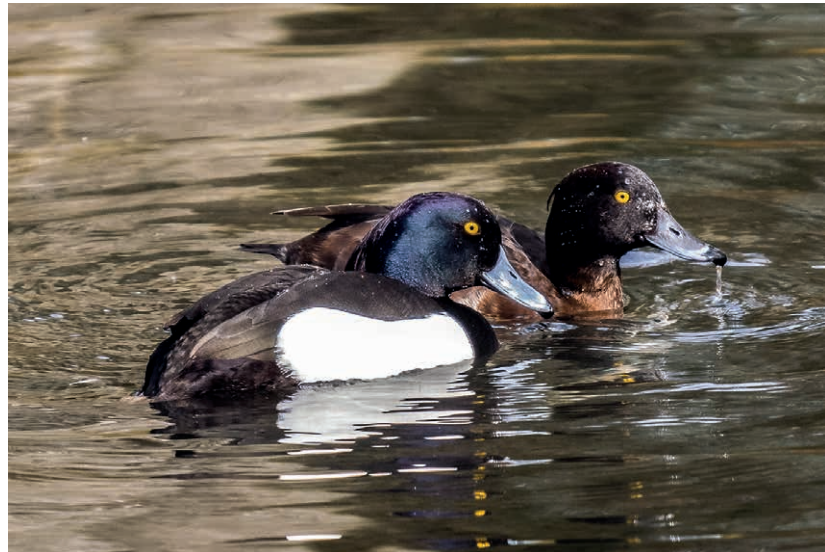
Um den Pflanzen genug Zeit zum Aussamen und Insekten Lebensraum zu bieten, wird die erste Zone des Parks erst Ende Mai, die zweite im September gemäht. Beim Bau des neuen Hörsaals entstand 2011 auf dessen Dach ein neuer Rosengarten als Ausgleichsfläche und dritte Zone – zwar mit kurzgemähtem Rasen, dafür größer als das vorherige Wiesenstück. Im Frühling wollte sich hier der Buchsbaumzünsler, der sich gerade durch bayerische Gärten frisst, breitmachen. Baur und seine Kollegen haben ihn vorerst vertrieben – durch das Absammeln der Tiere und mit Wasser aus dem Hochdruckreiniger. „Insektizide und Pestizide verwenden wir überhaupt nicht“, betont er.

280 Kilo Akademie-Honig pro Jahr

Das kommt auch Imker Philipp Bruder zugute, der im vergangenen Jahr acht Bienenvölker im Akademiepark ansiedelte. Jedes von ihnen hat in diesem Jahr 35 Kilogramm Honig produziert, der auch in der Akademie verkauft wird. „Ein gutes Imkerjahr“, sagt Bruder. Mit ihm schauten die Akademiemitarbeiter in die Bienenstöcke, die sie sonst nur aus der Ferne beobachten und hörten von Schwänzeltanz, Hochzeitsflug und Schwarmtrieb.

Winterdomizil für Wasservögel

Der Informationstag endete nicht am Gartenzaun der Akademie. Günther Schorn vom BUND Naturschutz zeigte, dass die Tutzingener Hauptstraße mehr als die



Wasservögel wie die Reiherente finden im Winterquartier am Starnberger See die nötige Ruhe.

© Kathy2408 / pixabay

vorhandenen „Alibi-Bäume“ vertragen könnte. Petra Gansneder, Landschaftspflegeberaterin beim Landratsamt Starnberg, erklärte in ihrem Vortrag, wie der Landkreis versucht, Quellmoore zu renaturieren und nicht-heimische Pflanzen wie das Springkraut zu bekämpfen. Andrea Gehrold ist Ornithologin und seit 2014 beim Landesbund für Vogelschutz als Gebietsbetreuerin am Starnberger See aktiv. Sie nahm das Akademierteam mit auf eine Reise mit den Zugvögeln. Weil der Starnberger See selten zufriert, ist er ein Winterdomizil für Wasservögel aus Skandinavien, dem Baltikum, Weißrussland und Russland. Manche Reiherenten fliegen sogar aus Sibirien ein. Das haben Markierungen an den Beinen und GPS-Daten nachgewiesen. Mehr als 20.000 Wasservögel leben im Winter am und auf dem See – rund zehnmal so viele wie im Sommer. „Jetzt ist es den Vögeln hier zu laut“, sagte Gehrold.



Beate Winterer



Imker Philipp Bruder (vorne links) zeigte den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Akademie seine Bienenvölker.

© Winterer (APB)

Medien



Michael Schröder,
Axel Schwanebeck (Hrsg.)

**Big Data – In den Fängen
der Datenkraken**
Die (un-)heimliche Macht
der Algorithmen

Nomos, Baden-Baden
2. Aufl. 2019

ISBN 978-3-8487-6329-0,
165 Seiten, 29,00 Euro

Big Data – In den Fängen der Datenkraken (2. Auflage)

Die (un-)heimliche Macht der Algorithmen

DIE SCHÖNE neue digitale Welt hat ihren Preis. Bezahlt wird mit der Weitergabe persönlicher Daten – beim Einkaufen, beim Autofahren, beim Chatten und Surfen. Von den dafür nötigen intelligenten Algorithmen geht eine potentielle Gefahr für eine freiheitliche Gesellschaft aus. Sie analysieren, prognostizieren und berechnen uns. Big Data und Data Mining heißen die Geschäftsmodelle der Zukunft.

Was bedeutet das für Politik, Wirtschaft, den Journalismus und die politische Kommunikation? Müssen Grundrechte und Menschenwürde gegen die digitale Revolution verteidigt werden? Brauchen wir neue Gesetze und eine Ethik der Algorithmen? Und wie funktionieren Politik, Medien und freiheitliche Demokratie unter den genannten Bedingungen?

Experten aus verschiedenen Disziplinen der Wissenschaft, dem Journalismus und der Politik diskutieren diese zukunftsweisenden und gesellschaftlich relevanten Fragen.

Mit Beiträgen von Johanna Haberer, Yvonne Hofstetter, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Klaus Mainzer, Daniel Moßbrucker, Peter Schaar, Michael Schröder, Axel Schwanebeck und Thomas Zeilinger.

Wohnungsbau



Hans-Jochen Vogel (Hrsg.)

Mehr Gerechtigkeit

Wir brauchen eine neue
Bodenordnung – nur dann
wird auch Wohnen wieder
bezahlbar

Herder, Freiburg 2019

ISBN 978-3-451-07216-1,
80 Seiten, 12,00 Euro

Hans-Jochen Vogels Weckruf an die Politik

BEZAHLBARER WOHNRAUM ist das soziale Thema unserer Zeit. Immer mehr Menschen stellt sich die bange Frage, wie lange sie sich ihr Heim noch leisten können. Nicht nur in Großstädten zeigen die Preise nur noch nach oben. Die bisherigen politischen Maßnahmen, wie etwa die Mietpreisbremsen, erwiesen sich als stumpfes Schwert im Kampf gegen die unaufhaltsame Verteuerung des Wohnens.

Den eigentlichen Grund hinter den steigenden Preisen hat lange Zeit kaum jemand wahrgenommen: nämlich die explosive Steigerung der Baulandpreise. Erst Hans-Jochen Vogels beharrlicher Kampf setzte das Thema wieder auf die Tagesordnung: Die massive Spekulation mit steigenden Grundstückspreisen führte deutschlandweit seit 1962 zu einer Erhöhung der Baulandpreise um 2308 Prozent. In München stiegen sie seit 1950 sogar um 39 390 Prozent.

Hans-Jochen Vogel streitet seit Jahrzehnten für eine Reform der Bodenordnung, um der ungebremsen Zockerei mit Grundstücken Einhalt zu gebieten und setzt in seinem Buch das Thema soziale Gerechtigkeit wieder ganz oben auf die politische Agenda. Er macht klar: Boden ist keine beliebige Ware und im Umgang mit ihm muss deshalb das Gemeinwohl die Regeln des Marktes zurückdrängen. Für Hans-Jochen Vogel ist dies ein Gebot der Gerechtigkeit.

Hans-Jochen Vogel wird das Buch am 20. November 2019 im Münchner Salon Luitpold zusammen mit Dirk Löhr und Dieter Reiter vorstellen.



© ANDREAS HERMSDORF/PIXELIO.DE

Starnberger Merkur, 30. September 2019

Der schönste Satz der Politik-Geschichte

„DIE VERGANGENHEIT scheint in diesen Tagen weniger vergangen als je zuvor, so viel DDR wie jetzt war selten.“ Altbundespräsident Joachim Gauck sprach am Freitagabend in der Akademie für Politische Bildung über die Zeit der Wende, über die Hoffnung, die Entwicklung der Freiheit im Osten, über gesamtdeutsche Auswirkungen. Und er brach eine Lanze für die Toleranz, die immer noch bestehenden Unterschiede zu erkennen und mit ihnen umzugehen...

...Vieles sei damals anders gekommen als gedacht, betonte Gauck. „Es gab einen garstigen Graben zwischen Traum und Realität.“ Er war 1989 in Rostock mit auf die Straße gegangen und Zeitzeuge der beispiellosen, friedlichen Überwältigung einer Staatsmacht, die sich nie selbst in Frage gestellt hatte. „Nach 56 Jah-

ren Diktatur und Ohnmacht, in denen das Volk keine Rolle spielte, stand im Osten eine dumpfe Masse in unüberzeugter Minimal-Loyalität, die Gehorsam und Anpassung statt Selbstbewusstsein und Individualität gelernt hatte.“...

...Er rief dennoch zum Verständnis auf, dass die tiefe kulturelle und emotionale Prägung der Bürger der östlichen Bundesländer sehr viel Zeit brauche, um sich zu verändern. „Menschen müssen mögen, was sie wollen sollen.“ Im Westen sei damals alles gleich geblieben, im Osten seien 80 Prozent anders geworden. Er könne daher verstehen, dass ein Teil der ostdeutschen Gesellschaft noch in Unsicherheit stehen geblieben ist...

*Susanne Bayer
(siehe Bericht Seite 3)*

Süddeutsche Zeitung Starnberg, 30. September 2019

Froh über „Fridays for Future“

...WÄHREND sich nach der Wende im Westen nichts geändert habe, außer, dass der Soli gezahlt werden musste, habe sich für Ostdeutsche 80 Prozent ihres Lebens verändert. „Die Prägungen der Seele und die Wandlung der Mentalität ist unendlich langsam“, so die Erfahrung des ehemaligen Präsidenten. Es gibt seiner Meinung nach Menschen, die nicht mit der Freiheit umgehen können; denn Freiheit bedeutet Verantwortung. Darüber hinaus gebe es Menschen, die das Gefühl hätten, beruflich im Schatten zu stehen. „Die Leute fürchten sich vor der Zukunft, vor den Epochenumwälzungen.“ Sie seien altmodisch und oft wertkonservativ. Für sie sei es tröstlich, wenn ein Verführer komme und sage, sie müssten sich nicht fürchten. Während diese Menschen früher links gewählt

hätten, stimmen sie heute laut Gauck für die AfD. Er stellte allerdings klar: „Es ist immer noch eine Minderheit, die rechts wählt.“ In der Diskussion wurde auf den Zusammenhang von Flüchtlingsproblematik und rechtspopulistischem Wahlverhalten hingewiesen. Nach Ansicht Gaucks rächt sich, dass heutzutage vor lauter Angst als fremdenfeindlich zu gelten, Probleme verschwiegen werden. Doch Kommunikation sei wichtig. Gauck sprach von „kämpferischer Toleranz“. Die Demokratie in Deutschland sei so stark, dass sie eine Debatte durchaus vertragen könne. Man müsse die Verführer fragen, wo sie eigentlich schon etwas erreicht hätten...

*Sylvia Böhm-Haimerl
(siehe Bericht Seite 3)*

Starnberger Merkur, 9. September 2019

Filme machen, die ein Knaller sind

Filmgespräch mit Caroline Link, Uli Hanisch und Tom Tykwer

...ZUM EINSTIEG ins Gespräch eignete sich Caroline Links neuer Film „Der Junge muss an die frische Luft“ bestens als unverfänglicher Anfang. Die Verfilmung des Kerkeling-Bestsellers hat die Regisseurin als eine Reise zurück in ihre eigene Kindheit empfunden. „Ich begreife erst jetzt, was das für eine Zeit war“, sagte sie. Tykwer ergänzte, dass „die Räume, in denen wir aufgewachsen sind, ja die Quelle für das sind, was man später macht.“ Damit war man in Wuppertal, da, wo Tykwer groß geworden ist, der sich lebhaft erinnerte, „wie riesig“ die Geländer waren. „Meterhoch.“ Aber „die Proportionen verändern sich später“. Ohnehin geht es ihm weniger um Räume in Filmen als um Intensität. „Wir müssen Filme machen, die ein Knaller sind“, sagt er und findet: „Das geht auch mit nur einem einzigen Schauspieler im leeren Raum.“ 99 Prozent der Drehbücher, die bei ihm landen, seien

„erbarmungswürdig. Opfer von Über-ich-Schwächen“. Die Herangehensweise an einen Stoff ist bei den beiden Regisseuren jedenfalls grundsätzlich verschieden.

Für Caroline Link zählen die Beziehungen, und wie sich Figuren gegenüberstehen. Für Tom Tykwer ist die Frage, warum er überhaupt einen Film machen will, entscheidend. Bei der Verfilmung des Bestsellers „Das Parfum“ habe ihn interessiert, „warum die ganze Welt ein Buch liest, das auf der Seite des Massenmörders steht“.

Szenenbildner Uli Hanisch hat dafür eine Parfümerie aufgebaut, die so gar nicht mit der literarischen Vorlage übereinstimmt, und das war egal. Für ihn war die Gretchenfrage „Warum wollen wir das erzählen?“...

*Astrid Amelungse-Kurth
(siehe Bericht Seite 19)*

Süddeutsche Zeitung, 10. September 2019

„Mit der Realität kann ich nichts anfangen“

...TOM TYKWER erinnert an die Wichtigkeit des Raumes, da dieser im Film eine ganze Welt sei. Szenenbildner Uli Hanisch, der seit vielen Jahren eng mit dem Regisseur zusammenarbeitet, nickt. Wie unterschiedlich die Wahrnehmung von Räumen ist, verblüfft selbst den Experten. Das Wuppertal der Sechziger- und Siebzigerjahre, das Link in „Der Junge muss an die frische Luft“ inszeniert, unterscheidet sich stark an dem Wuppertal, das Hanisch und Tykwer in „Der Krieger und die Kaiserin“ gezeigt haben. Auch wenn Tykwer seit einigen Jahren teure und aufwendige Räume für seine Filme entwickeln kann, stellt er fest: „Es geht mir immer nur um Intensität, ich könnte auch mit einem Schauspieler in einem weißen Raum drehen.“ Das ist schon länger nicht passiert, „The international“ von 2009 etwa war ein sehr gestylter und in seiner Aufwendigkeit kühl inszenierter Film.

Uli Hanisch ist für die Szenenbilder vieler Filme, auch von Tykwer, verantwortlich. Bei „Cloud Atlas“, „Das Parfum“ und zuletzt „Babylon Berlin“ hat Hanisch dafür gesorgt, dass der Zuschauer in einzigartige Räume

eintauchen kann, die die Geschichte mittragen. Tom Tykwer leidet, wenn die Story der Inszenierung zum Opfer fällt. „Ich finde diese Historienverfilmung furchtbar, in denen alles originalgetreu nachgebaut wird, und dann sagen die Macher sich: ‚Huch, wir brauchen ja noch Figuren und eine Handlung‘“, erklärt er. „Ich kann mit der Realität nichts anfangen“, ergänzt Hanisch mit entwaffnender Ehrlichkeit, „gut, die gibt's halt, aber wir machen doch einen Film“.

Bei „Babylon Berlin“ hat Hanisch sich selbst übertroffen und eine Stadt nachgebaut, wie sie in den Zwanzigerjahren hätte sein können. Tykwer und er wollten eine eigene Authentizität erschaffen, keine historisch korrekte Abbildung einer Großstadt. Das Szenenbild sei so wichtig, weil Berlin eine eigene Rolle in der Geschichte spiele und ihren getriebenen Protagonisten, den Kommissar Gereon Rath, auch selber umtreibe. „Wir wollten nicht Berlin darstellen, sondern das Babylon Berlin, immer in Bezug zu heute“, berichten die beiden...

*Anna Weiss
(siehe Bericht Seite 19)*

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.



© ARCHIV (APB)

Eine Auswahl von Tagungen der Akademie in den nächsten Monaten

DEZEMBER 2019

Dezember **Alltag nach dem Holocaust?** 50-5
 11. – 13. Jüdisches Leben in Bayern und Deutschland nach 1945
 In Zusammenarbeit mit der Ludwig-Maximilians-Universität München
 Leitung: Michael Mayer / Gregor Pelger
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

Dezember **Winterschool: Neoliberalismus und Rechtspopulismus** 51-2
 18. – 20. Zusammenhänge, Strategien und Umgangsformen
 In Zusammenarbeit mit der Cusanus Hochschule
 Leitung: Roberta Astolfi / Walter Ötsch / Stephan Panther / Michael Spieker / Theresa Steffestun
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

JANUAR 2020

Januar **Die Maschinerie des Staates** 4-1
 24. – 25. Aufgaben und Grenzen der Bürokratie
 Leitung: Roberta Astolfi
 Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

Januar **Die Basis** 5-3
 27. – 28. Kommunalpolitiker im innerparteilichen Machtgefüge
 Leitung: Ursula Münch / Jörg Siegmund
 Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47

FEBRUAR 2020

Februar **Den Osten im Blick** 6-3
 7. – 8. Die Europäische Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik auf dem Prüfstand
 Leitung: Andreas Kalina
 Sekretariat: Viktoria Aratsch Tel. +49 8158 256-53

Februar **Tutzing Journalistenakademie ■ 4. Zukunftswerkstatt Radionachrichten** 6-4
 Workshop in Zusammenarbeit mit der ARD.ZDF medienakademie und Radio Bremen
 Leitung: Michael Schröder / Tobias Geissner-Donth / Dietz Schwiesau / Katja Pietsch
 Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58
 Veranstaltung bei Radio Bremen
 Achtung: erhöhte Tagungsgebühr!
 Anmeldung über die ARD.ZDF medienakademie

Februar **Medien und Wahrheit** 8-5
 20. – 21. Medienethische Perspektiven auf „Fake News“, Künstliche Intelligenz und Agenda-Setting durch Algorithmen
 In Zusammenarbeit mit der Hochschule für Philosophie München, der Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik in der DGPK, der Bayerischen Akademie der Wissenschaften
 Leitung: Roberta Astolfi / Alexander Filipović / Nina Köberer / Sabrina Kofahl / Marlis Prinzing / Christian Schicha / Saskia Sell / Ingrid Stapf
 Sekretariat: Simone Zschiegner Tel. +49 8158 256-47
 Veranstaltung in München
 Anmeldung über die Hochschule für Philosophie München

Tiefgang am See



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch referierte bei den deutsch-tschechischen Begegnungstagen der Ackermann-Gemeinde in Landshut zum Thema „Europa als Garant nach innen und außen in unruhigen Zeiten – Handlungsoptionen heute“. In Hamburg nahm sie im Rahmen einer Kooperationsveranstaltung der Körber-Stiftung und des Vereins Demokratisch Handeln an einer Podiumsdiskussion zum Thema „Demokratiebildung in der Schule“ teil. Beim Offenburger „Salmengespräch“, das jedes Jahr daran erinnert, dass im September 1847 eine badische Volksversammlung einen ersten demokratischen Verfassungsentwurf forderte, referierte sie über die Veränderungen der Demokratie durch die Digitalisierung. Anlässlich des 100. Gründungsjubiläums der Volkshochschulen wurde sie in einer öffentlichen Veranstaltung der VHS Bamberg über die Herausforderungen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt interviewt. Bei der Konferenz der DFG-Kollegforschergruppe „Postwachstumsgeellschaften“ diskutierte sie an der Universität Jena über „Postwachstum“ und postfaktische Demokratie. Beim fränkischen sowie beim schwäbischen Schulentwicklungstag referierte die Direktorin über „Demokratieerziehung und Wertevermittlung im Zeitalter der Digitalisierung“, und bei den Philosophischen Tagen der Kollegen aus der Katholischen Akademie in Bayern hielt sie den Auftaktvortrag zu „Was macht die Demokratie aus?“. Auf Einladung der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen stellte Prof. Münch als damalige Vorsitzende der entsprechenden Arbeitsgruppe die aktuellen Empfehlungen des Wissenschaftsrats zur Friedens- und Konfliktforschung vor. Im Rahmen einer Ringvorlesung an der Universität Bonn referierte sie über Wahlen und Willensbildung in der digitalen Demokratie. Der bayerische Wissenschaftsminister Bernd Sibler bestellte die Direktorin für weitere drei Jahre als nicht hochschulangehöriges Mitglied des Hochschulrats der LMU München.

Kollegium

Dr. Andreas Kalina sprach in Bayreuth über „Europa im Gegenwind: Politikgestaltung und Reformbedarf der EU in Zeiten populistischer Hochkonjunktur“. In München hielt er einen Vortrag zum Thema „Die Europäische Union – ein Magnet für populistische Kritik: Ursachen, Handlungsoptionen, Zukunftsaussichten“. Dort debattierte er im Rahmen einer Expertenrunde in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen über „Europa nach der Wahl“. In Tutzing referierte er über die „Gestaltungspotenziale von Politik in der Ära technologischen Wandels“. Am Jean-Monnet-Lehrstuhl der Universität Passau bietet Kalina im Wintersemester 2019/20 ein Oberseminar zum Thema „Die Europäische Union – (k)eine Solidargemeinschaft?“ an.

Dr. Michael Mayer sprach beim internationalen Generalstabslehrgang an der Führungsakademie der Bundeswehr in Hamburg zur „EU-Migrationspolitik“ und leitete einen gleichnamigen Workshop. Im Rahmen der Jahrestagung der Internationalen Gesellschaft für Geschichtsdidaktik referierte er zum Thema „Asylum in Western Germany. How to Use It to Teach Migration“.

Dr. Anja Opitz hielt für die Hanns-Seidel-Stiftung einen Vortrag über „Der Nexus zwischen Gesundheit und Sicherheit. Handlungsoptionen für Deutschland.“ Im Rahmen einer #SecWave zum Thema „New Work & Transformation of Security“ sprach sie über „State Security – Resilience – Trust.“ Für die Business Women's Society nimmt sie als Botschafterin für „Women-Empowerment“ an der „#Togetherwegrow“-Kampagne teil.